

Lateinamerika im Aufruhr

Berichte und Hintergrundartikel über revolutionäre Bewegungen und Massenproteste in Lateinamerika im neuen Jahrtausend

Tony Saunois: Venezuela — das Auge des Sturms (Januar 2000)

Berta Hernandez: Ecuador im Labyrinth

Tony Saunois: Aufstand in Ecuador (März 2000)

Frontlines-Korrespondentinnen: Der bolivianische Aufstand entwickelt sich (April 2000)

André Ferrari: Die Bewegung der ArbeiterInnen und StudentInnen in Brasilien wächst (Mai 2000)



Update

neueste Entwicklungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien

Bewegungen in Costa Rica, Peru, Guatemala, Argentinien

...

Anhang: Auszüge aus klassischen marxistischen Texten

Die amerikanische Revolution. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Arbeiterklasse Nord- und Südamerikas (1920)

Leo Trotzki: Was ist nun die permanente Revolution? Grundsätze (1929)

Stellungnahmen Leo Trotskis zur Revolution in Lateinamerika (1938/39)

SAV

Sozialistische Alternative

Infos, Kontakt und VisdP: SAV Stuttgart, c/o Stephan Kimmerle, Daimlerstr. 40, 70372, eMail: SAV.Stuttgart@gmx.net

?Infos .mitmachen :eintreten Fon & Fax: 0711/242442

Generalstreik in Bolivien, die Regierung Ecuadors wird von einem Massenaufstand gestürzt, die Guerilleros in Kolumbien bringen die Regierung immer mehr in Bedrängnis, die Cardoso-Regierung in Brasilien ist mit Massenprotesten konfrontiert und in Venezuela ist eine Regierung ins Amt gewählt worden, die sich radikal gegen den Neoliberalismus ausspricht. Lateinamerika befindet sich im Aufbruch.

Hintergrund dieser dramatischen Entwicklungen sind die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise, die den Kontinent in den letzten Jahren erfasst hat. Nach dem Zusammenbruch der brasilianischen Währung Real befanden sich weite Teile des Kontinents 1999 in einer Rezession. Auch wenn es in einigen Ländern, wie in Chile und Brasilien im ersten Quartal 2000 wieder Wirtschaftswachstum gab, sind die sozialen Folgen der Krise allgegenwärtig und keines der Probleme gelöst. Das Beispiel Mexiko zeigt, dass die Arbeiterklasse noch lange für Wirtschaftskrisen zur Kasse gebeten wird, auch wenn die nackten Wirtschaftsdaten nach oben weisen: hier liegen die Reallöhne um 15 Prozent unter dem Niveau vor der Peso-Krise 1994/95. Mit dem Eintreten der Rezession in den USA kann Lateinamerika zurück in den Abgrund gerissen werden.

Spätestens seit dem Aufstand der Zapatisten zum Jahresbeginn 1994 hat es immer wieder Kämpfe und Bewegungen gegen Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte der Arbeiterklasse, armen Bauern und Jugendlichen gegeben. Doch mit den Ereignissen der letzten Monate, vor allem den Aufständen in Ecuador und Bolivien, haben die Kämpfe eine neue Qualität erreicht. Es fehlt nur eine Führung für diese Kämpfe, die eine Vorstellung von der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft hat — die Massenbewegungen sind ein Schrei nach einem sozialistischen Programm und nach einer sozialistischen Organisation.

Diese Artikelsammlung enthält Übersetzungen von zwei Artikeln (über Venezuela und Ecuador) von Tony Saunois, Mitglied im Internationalen Sekretariat des Komitees für eine Arbeiterinternationale. Außerdem einen Artikel von Berta Hernandez aus der linken Zeitschrift San Francisco Frontlines. Es gibt ausführliche Berichte von KorrespondentInnen von San Francisco Frontlines über die Bewegung in Bolivien im April. André Ferrari von Socialismo Revolucionario, unserer brasilianischen Schwesterorganisation, berichtet über die Kämpfe im Bildungsbereich im brasilianischen Bundesstaat São Paulo.

Ein Update fasst einige Entwicklungen in diesen Ländern nach der Verfassung der Texte zusammen. Außerdem werden einige Bewegungen der letzten Wochen in weiteren Ländern Lateinamerikas kurz dargestellt.

Schließlich folgen einige klassische Texte der Kommunistischen Internationale vor ihrer Stalinisierung und von Leo Trotzki, die grundlegend auf die Aufgaben von revolutionären MarxistInnen in Lateinamerika (und kolonialen und halbkolonialen Ländern überhaupt) eingehen.

Venezuela — das Auge des Sturms

Mitten in Venezuelas schwerster Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten töteten schwere Fluten Tausende von Menschen und brachten Häfen und Flughäfen zum Stillstand. TONY SAUNOIS bewertet die Folgen der Katastrophe vor dem politischen Hintergrund der Wahl des radikalen Präsidenten Hugo Chávez vor 14 Monaten.

Venezuela wurde während der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage von einer der schwersten Katastrophen seiner Geschichte getroffen. Wolkenbruchartiger Regen verheerte die Infrastruktur und schwemmte ganze Dörfer davon. Die Gesamtzahl der Toten wird wohl nie bekannt werden, weil Tausende von Menschen ins Meer gespült oder unter Schlammlawinen begraben wurden. Nach manchen Schätzungen haben volle 50.000 Menschen ihr Leben verloren.

Hugo Chávez, der venezolanische Präsident hat zu Recht „korrupten Politikern und Planern“ die Schuld für das Ausmaß der Katastrophe gegeben, weil sie den Bau von ungesicherten Hüttendörfern in steilen Tälern entlang der Karibikküste und an den Hügeln rund um die Hauptstadt Caracas erlaubten. Eine der am schwersten betroffenen Regionen war der schmale Landstreifen zwischen Caracas und dem Meer, wo vorher 350.000 Menschen lebten. Die meisten waren StraßenhändlerInnen, die die tägliche Reise in die Hauptstadt unternahmen, um in einem verzweifelten Versuch, etwas zum Leben zu verdienen, ihre Waren veräußerten. Die Großkonzerne, die eine Entwaldung der Region im großen Stil durchgeführt haben, müssen auch verantwortlich gemacht werden.

Solche Katastrophen, die in Wirklichkeit „geo-politische“ Katastrophen sind, können die Hebamme der Revolution sein — so wie das Erdbeben von Managua 1972 alles enthüllte, was am Regime des nikaraguanischen Diktators Somozas morsch war, was den Weg für den Sieg der Sandinisten 1979 bereitete. In Venezuela haben die Auswirkungen der Fluten die radikale, populistische Chávez-Regierung noch weiter nach links gestoßen.

Die Regierung antwortete auf die Krise, indem sie bis zu 100.000 Obdachlosen innerhalb weniger Tage neue Unterkünfte beschaffte. Die Streitkräfte wurden mobilisiert und Armeekasernen und der Präsidentenpalast wurden für die Obdachlosen geöffnet.

Widerstand gegen den Vormarsch des Neoliberalismus

Chávez und seine Regierung erhielten massive Unterstützung für ihre radikalen Vorschläge, die die demokratischen Forderungen der venezolanischen ArbeiterInnen und BäuerInnen und ihre Unterstützung für wachsende Staatseingriffe in die Wirtschaft widerspiegeln. Die Regierungspolitik läuft gegen den vorherrschenden Trend der neunziger Jahre: offene, „freie“ Märkte und die neoliberale Politik der Privati-

Chávez zog seine Fallschirmjägeruniform an und nahm an Rettungsmissionen im Hubschrauber teil. Jetzt hat seine Regierung ein ehrgeiziges Programm zum Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur und zur Umsiedlung großer Teile der Bevölkerung auf die großen Ebenen am Rande des Amazonasregenwaldes angekündigt.

Unter Hinweis auf die Machtbefugnisse, die ihm unter der neuen Verfassung gegeben sind, drohte Chávez, das für den Wiederaufbau benötigte Land von den großen Landbesitzern zu nehmen. Er warnte, dass wenn ein Landbesitzer „50.000 Hektar besitzt, weder Steuern zahlen noch verkaufen will und kein Projekt für dieses Land hat, dann werden wir jetzt einfach den Buchstaben des »Gesetz über das öffentliche Interesse« anwenden, Enteignung.“ (*Venezuela News*, 6. Januar) Chávez hat auch die Forderung akzeptiert, die bei einer Reihe von Fabrikbesetzungen erhoben wurde, die nach der Katastrophe ausbrachen, dass der Versicherungsfonds der Unternehmer zur Finanzierung der Hilfsanstrengungen beschlagnahmt werden solle.

Diese Drohungen von Chávez, sein Versprechen einer „friedlichen Revolution“ und die populären Schritte, die er während der Fluten unternommen hat, sind die letzte Runde in dem gesellschaftlichen und politischen Aufruhr und Massenmobilisierungen, die die venezolanische Gesellschaft erschüttern. Die Wahl von Chávez im Dezember 1998 und die folgenden Ereignisse stellen einen Wendepunkt dar, der über die Landesgrenzen hinaus Bedeutung hat. Sie stellen den Beginn einer neuen Welle der Radikalisierung und eine Zurückweisung der neoliberalen Politik dar, die in den neunziger Jahren international angewendet wurden und ein Anzeichen für die explosiven Entwicklungen sind, die die frühere koloniale Welt in den nächsten paar Jahren erschüttern werden.

sierung ohne oder mit nur minimalen Staatseingriffen. Solche neoliberalen Maßnahmen wurden allen Wirtschaften aufgezwungen, was die Macht und Vorherrschaft der internationalen Wirtschaft widerspiegelt, dem kein isoliertes Land widerstehen konnte.

Die Folgen dieser Politik für die Arbeiterklasse, Bauernschaft und andere ausgebeutete gesellschaftliche

Gruppen waren jedoch verheerend. Sie haben der Würgegriff des Imperialismus über die frühere koloniale Welt gestärkt, wo die herrschenden Klassen gegenüber den führenden imperialistischen Ländern immer unterwürfiger geworden sind.

Und sie heizen eine Revolte der Völker der früheren kolonialen Welt an. Beim jüngsten WTO-Gipfel in Seattle mussten selbst die Vertreter der herrschenden Klassen aus diesen Ländern das milde widerspiegeln. Auch das war ein weiterer Schritt in der Änderung der Weltlage. Der Beginn einer globalen Wirtschaftsrezession und die Revolte der Massen wird beginnen, die vorherrschenden Trends von Globalisierung und Neoliberalismus umzukehren.

Die rechte Zeitschrift *Economist* weist in dieser Hinsicht darauf hin, dass „Mr. Chávez ... die Sprache der staatsgeführten industriellen Entwicklung spricht, die die nationalistischen Caudillos (militärischen oder politischen Führer) von vor einer Generation so liebten. Aber manche Außenstehenden sorgen sich, dass Mr. Chávez die Zukunft, nicht die Vergangenheit darstellt: ein großer Teil Lateinamerikas ist des anscheinenden Scheiterns der Marktwirtschaften und liberalen Demokratie bei der Erreichung von Wohlstand und gesellschaftlicher Fairness überdrüssig geworden.“ (20. November 1999)

Trotz der Verwüstungen im Gefolge der Fluten schaffte es fast die Hälfte der Bevölkerung, beim Referendum über eine neue Verfassung abzustimmen, die von einer neugewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung (ANC) der umbenannten Bolívarischen Republik von Venezuela entworfen wurde. Diese Verfassung behält zwar die drakonischen in der Hand des Präsidenten konzentrierten Reserve-Machtbefugnisse, die die Caudillos der Vergangenheit so liebten, ist aber zweifellos die demokratischste in Lateinamerika — auf dem Papier auf jeden Fall.

Sie sieht die Wahl eines Einkammerparlaments vor. Alle in es gewählten Abgeordneten müssen ihrer Wahlkreisbevölkerung einen jährlichen Bericht erstatten und können durch Volksentscheid aus ihrem Amt entfernt werden, wenn das von 25% ihrer WählerInnen verlangt wird. Abgeordneten ist es verboten, anderweitige Geschäftsinteressen zu haben. RichterInnen werden vom Volk gewählt.

Die Verfassung legt auch freie Gesundheitsversorgung, soziale Dienstleistungen und Bildung für alle fest. RentnerInnen sollen nicht weniger als den Durchschnittslohn erhalten. Männer und Frauen sollen gleichen Lohn erhalten. Spanisch ist zwar die offizielle Sprache, die sprachlichen und kulturellen Rechte der indigenen Völker werden aber auch geschützt. Das ist ein deutlicher Kontrast beispielsweise zum Programm des chilenischen Diktator Augusto Pinochet, der in einer der Verordnungen seiner Junta erklärte, dass das Mapuchevolk „nicht existiert“.

Die Erdöl- und Gasindustrie sollen in Staatshand bleiben und es gibt Vorsorge, dass der Staat Kontrol-

le über andere Teile der Wirtschaft übernimmt, wenn das „im öffentlichen Interesse“ ist. Die Verfassung lehnt auch Monopolkontrolle über irgendeinen Teil der Wirtschaft ab und dringt auf größeres Staatseingreifen, wenn auch vage.

In Bezug auf Arbeiterrechte senkt die Verfassung die Arbeitswoche von 48 auf 44 Stunden und verbietet, dass NachtarbeiterInnen länger als Sieben-Stunden-Schichten arbeiten. Die korrupte Führung der Gewerkschaften, die fast vollständig mit dem alten Regime verstrickt waren und enorme Vergünstigungen und Privilegien erhielten, werden entfernt. Vierhundert Gewerkschaftsfunktionäre mit Positionen in den Vorständen von Banken und anderen Institutionen sind weg. Trotz einer Protestwelle der USA und anderer imperialistischer Mächte, verbot es die Regierung letztes Jahr den Gewerkschaftsführern, das Land zu verlassen und ihr Geld mitzunehmen. Die neuen Verordnungen zu Arbeitsbeziehungen sehen die Wahl aller Gewerkschaftsfunktionäre durch die Mitgliedschaft vor und erklären, dass sie nicht mehr als das „normale“ Gehalt eines Angestellten erhalten dürfen. Früher erhielten die Führer der Ölarbeitergewerkschaft 16 Millionen Bolívar im Monat — 24.4000 Dollar! Gewerkschaften werden nicht länger finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten, sondern müssen sich durch die Mitgliedsbeiträge finanzieren. Es ist nicht überraschend, dass 70% derjenigen, die an der Wahl teilnahmen, die Verfassung unterstützten. Nur die Bischöfe und die Vertreter der reichen Elite lehnten sie ab. Während der Kampagne führte Chávez eine noch radikalere Sprache als während den Präsidentschaftswahlen, prangerte die römisch-katholischen Bischöfe als „Teufel im Messgewand“ an und ihre reichen Hintermänner als „ranzige Oligarchen, die quieken wie Schweine.“



Die Forderung nach Wandel und die Revolte gegen das alte Establishment war in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Sommer 1999 zu sehen, als die UnterstützerInnen von Chávez 91% der Sitze bekamen. Die Parteien, die Venezuela seit 1958 beherrschten — Acción Democrática (Sozialdemokraten) und die Partido Social-Christiano (bekannt als Copei) — gewannen gerade mal eine Handvoll Abgeordnete. Die Wahlen stellen eine Revolte gegen das korrupte Establishment und eine Forderung nach Wandel dar.

Seit August gab es einen Sturm demokratischer Forderungen der Massen, mit Tausenden von Eingaben an die Verfassunggebende Versammlung zu jedem Lebensbereich. Diese spiegeln sich in der neuen Verfassung wider. Die in ihren 350 Artikeln enthalte-

nen demokratischen und sozialen Reformen einzuführen, würde den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer ArbeiterInnen- und BäuerInnen-Regierung erfordern.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung

Venezuela war historisch eines der reichsten Ländern in Lateinamerika mit riesigen Reserven an Öl, Gas, Eisenerz, Gold, Bauxit, billiger Wasserkraft und bebaubarem Land. Die Entwicklung der Ölindustrie in den sechziger und siebziger Jahren, als sie verstaatlicht war, gestaltete das Land um. Eine schnelle Verstädterung fand statt, die dazu führte, dass 87% der Bevölkerung in Städten leben, im Vergleich zu durchschnittlich 75% auf dem Kontinent. Die Lebenserwartung stieg auf 73 Jahre, die Kindersterblichkeit war 21 auf 1000 und ein relativ hoher Alphabetisierungsgrad von 92% wurde erreicht.

Die massive Steigerung der Ausbeutung durch die führenden imperialistischen Mächte durch die Anwendung von neoliberalen Politiken und den Prozess der Globalisierung hatten zusammen mit einem Rohstoffpreisverfall (Agrarprodukte, Mineralien etc.) einen verheerenden Effekt. Die Zahl der in Armut Lebenden hat sich mehr als verdoppelt. 1975 betrug der Prozentsatz der Bevölkerung, die von weniger als zwei US-Dollar pro Tag lebten, 33%, 1997 waren es 67%. Die Zahl, die von weniger als einem Dollar pro Tag lebt, stieg in derselben Periode von 13% auf 36%. Die Mittelschicht sah 1996 die Zerstörung ihrer Ersparnisse, als die Inflation über 100% stieg und ganze Teile von ihnen unter die Armutsgrenze stieg. Heute kämpfen schätzungsweise 80% der Bevölkerung mit einem Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze ums Überleben. Gleichzeitig konzentrierte die reiche Elite immer mehr Reichtum in ihrer Hand und wurde immer mehr ein Lakai des Imperialismus. Wie in Nigeria und anderen ex-kolonialen Ländern war Korruption unter den politischen Führern und der Justiz allgemein verbreitet. Die immer mehr wachsende Kluft zwischen Reich und Arm ist eine der Triebkräfte der Revolution. Chávez erklärte: „Neoliberalismus ist das Dogma des Individualismus, das die Welt dazu gebracht hat, sich wie Barbaren zu bekämpfen. Venezuela steigt nun aus der Asche auf.“

Die schäumende Wut der Massen explodierte 1989/90 während des sogenannten „Caracazo“. Dies war ein Aufstand gegen das vom IWF verordnete Sparpaket, das vom früheren Präsident Carlos Perez umgesetzt wurde. Die brutale Unterdrückung führte zu Hunderten von Toten. Die wirtschaftliche Verheerung des Landes wirkte sich auf wichtige Teile der Mittelschichten und selbst Teile des Militärs aus, die von der Dekadenz der Herrschenden und dem wachsenden Elend der Massen abgestoßen wurden. Eine Reihe von Militärputschen durch jüngere Offiziere folgte, einschließlich einem gescheiterten Ver-

such von Chávez 1992, der zu seiner Verhaftung führte.

Rafael Caldera, der Kandidat der Partido Social-Christiano (Copei) wurde im Dezember 1993 Präsident und bot sich selbst als „die letzte Hoffnung für das 1958 errichtete politische System“ an. Caldera machte mit der Umsetzung eines weiteren vom IWF verordneten Kürzungspakets weiter, das von seinem Finanzminister durchgezogen wurde, der als ehemaliger „marxistischer“ Guerillero die ideologische Abkehr der offiziellen Linken vom Sozialismus und ihre Umarmung des Markts in den neunziger Jahren verkörperte. Das Paket rief mehr Proteste und Streiks hervor. Die Revolte gegen die etablierten politischen Parteien und eine Forderung nach Veränderung eröffneten ein politisches Vakuum.

Ursprünglich ergaben Meinungsumfragen 1996 eine massive Unterstützung für Irene Saez, eine frühere Miss Universum, die als offizielle Kandidatin der Copei erst aufgestellt und dann fallengelassen wurde. Die selben Umfragen gaben Chávez nur eine Zustimmung von 7%. Aber Chávez, der sich bei jeder Wendung der Ereignisse mehr radikalisierte, konnte das Vakuum füllen.

Seine eigene politische Bewegung, Movimiento V Republica (Bewegung für eine fünfte Republik) bildete eine Koalition mit linken Gewerkschaften, Stadtteilgruppen, der Kommunistischen Partei und sozialistischen Gruppen wie der Movimiento al Socialismo (MAS) und PPT. Auch ein paar Kräfte aus der radikalen linken Bewegung der katholischen Kirche gehörten dazu, die immer noch den in den siebziger und achtziger Jahren entwickelten Ideen der „Befreiungstheologie“ anhängen und einen wichtigen Einfluss bei Schichten der städtischen Armen behalten hatten. Gleichzeitig umfasste die Koalition einen Teil der herrschenden Klasse, der politische und wirtschaftliche Reformen unterstützte.



Diese Koalition, der Polo Patriótica (Patriotischer Pol) hat viele Merkmale der Volksfrontregierungen, die in anderen Ländern während Perioden von revolutionärem Aufruhr errichtet wurden, wie in Spanien (1936) und Chile (1970-73). Diese Regierungen setzten vielfältige radikale Reformen um, einschließlich der Umverteilung von Land und der Verstaatlichung von Wirtschaftszweigen und sprachen sogar von Sozialismus (was Chávez nicht macht). In Spanien wurden vier Fünftel der sozialen Revolution

unter dem Druck der ArbeiterInnen und BäuerInnen durchgeführt. Die Teilnahme von nur ein paar Vertretern des Kapitals an diesen Regierungen, stellte jedoch sicher, dass ihre Politik im Rahmen des Kapitalismus blieb, und sie wurde als Entschuldigung verwendet, um bei der Bewegung der ArbeiterInnen und BäuerInnen auf die Bremse zu treten. Die Volksfronten endeten ohne Ausnahme mit einer Niederlage für die Arbeiterklasse und einem Sieg für reaktionäre Regime.

Radikaler Nationalismus

Chávez und seine Regierung haben der von den Massen gefühlten Wut auf die reiche Elite und den Neoliberalismus und der Sehnsucht nach Wandel Ausdruck verliehen. Aber sie spiegelt auch einen Teil des Kleinbürgertums (Mittelklasse) und der Bourgeoisie (herrschenden Klasse) wider, die mit der Korruption und dem Verfall des früheren Establishments „aufräumen“ wollen, um eine „modernere“ annehmbare Form des Kapitalismus aufzubauen. Die Mehrheit der ArbeiterInnen ist zwar gegen die Politik des Neoliberalismus und der Elite, hat aber noch nicht die Idee übernommen, dass ein alternatives revolutionär-sozialistisches Programm notwendig ist.

Der radikale, populäre Nationalismus und die Sorge von Chávez für die Armen — die teilweise in seiner eigenen bäuerlichen Herkunft verwurzelt sind, mit der er prahlt — spiegeln auch eine wichtige Tradition der Streitkräfte Venezuelas wider. Die Streitkräfte verteidigen zwar den Kapitalismus, aber sie enthielten auch radikale nationalistische Elemente, die die venezolanische Gesellschaft entwickeln und das Elend der Armen mildern wollten. Das hat sie gelegentlich in Konflikt mit den unmittelbaren Interessen der nationalen Kapitalistenklasse und des US-Imperialismus gebracht. Teile des Militärs haben diesen „Radikalismus“ aus Ekel vor der Rolle der herrschenden Klasse und aus Sehnsucht nach Entwicklung der Gesellschaft übernommen. Sie haben solche Ideen auch teilweise übernommen, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen und entwickeln.

Gleichzeitig drücken sie die vom revolutionären kapitalistischen Demokraten des 19. Jahrhunderts, Simon Bolívar, hinterlassene Tradition aus, der aus Caracas stammte. Bolívar führte den Kampf für die Unabhängigkeit Lateinamerikas und strebte die Vereinigung des Kontinents an.

Die von Bolívar 1811 begonnenen Unabhängigkeitskriege fanden in einer anderen Geschichtsepoche statt, als es eine äußerst schwache Arbeiterklasse gab. Schon damals wurde sein Kampf für die Vereinigung Lateinamerikas weitgehend durch die verräterische Rolle besiegt, die die verschiedenen herrschenden Dynastien spielten, die ihre eigenen finanziellen Interessen hatten und mit verschiedenen Großmächten zusammenarbeiteten. Die Arbeiterklasse war auf dieser Stufe viel zu schwach, um die führende Rolle zu spielen, die Leitung der Gesell-

schaft zu übernehmen und den Kontinent auf sozialistischer Grundlage zu vereinigen.

Heute sind die herrschenden Klassen Lateinamerikas mit dem Imperialismus verflochten und jede hat ihre eigenen Interessen. Unter dem Kapitalismus wird es nicht möglich sein, den Kontinent zu vereinigen und von den Ketten des Imperialismus zu befreien. Das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat jetzt die Stärke, die herrschende Klasse Lateinamerikas zu besiegen und den Kontinent auf einer freiwilligen sozialistischen Grundlage zu vereinigen und dabei aus dem Würgegriff des Imperialismus zu befreien, aber um diese Aufgabe zu verwirklichen, müssen Arbeiterparteien aufgebaut werden.

Bolívars Erbe wurde jedoch bei zahlreichen Gelegenheiten sichtbar. Zum Beispiel organisierte 1945 eine Gruppe junger nationalistischer Offiziere zusammen mit Acción Democrática einen Putsch. Die kurzlebige „revolutionäre Junta“, die sie nach dem Putsch bildeten, zwang die Ölkonzerne, zu akzeptieren, dass 50% aller Profite an den Staat gehen sollten. Diese begrenzte Reform war ein Faktor, der die herrschende Klasse zum Gegenschlag und zur Organisation eines Gegenputsches herausforderte, der zur diktatorischen Herrschaft von Pérez Jimenez führte.

1958 brach eine Meuterei gegen die Jimenez-Diktatur auf dem Luftwaffenstützpunkt Maracay aus. Das folgte auf eine Reihe von Protesten, die von UniversitätsstudentInnen organisiert wurden und zur Bildung einer Untergrundorganisation führten, der Patriotischen Junta. Diese schloss unter anderem die Kommunistische Partei und Copei ein. Die Meuterei schien schnell niedergeschlagen zu sein. Die Patriotische Junta machte jedoch einen Aufruf zum Generalstreik, der von der Arbeiterklasse aufgegriffen wurde. In ganz Caracas wurden Barrikaden errichtet und die Flotte lichtete die Anker und fuhr, den Aufstand zu unterstützen. Die Diktatur befahl, die Flotte zu bombardieren, aber die Luftwaffe weigerte sich, dem Befehl zu gehorchen, die Armee spaltete sich und das Regime brach zusammen. Ermutigt von Admiral Wolfgang Larrazabál gingen StudentInnen in Caracas auf die Straße und riefen Parolen gegen US-Vizepräsident Richard Nixon, als er in der Hauptstadt ankam: „Fuera Nixon — Muere el imperialismo“

Yanki" („Nixon raus — Tod dem Yankee-Imperialismus")

Chávez hat während seinem Aufstieg zur Macht die mächtige Tradition von Bolívar beschworen. Nach seinem Sieg nahm er das Schwert von Bolívar aus dem Staatstresor und paradierte mit ihm durch die Straßen, begleitet von den jubelnden Rufen der Massendemonstrationen, die ihn grüßten. Solch eine Aktion wird von den Massen als Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus verstanden. Es ist dies, was die herrschende Klasse von Venezuela entsetzt und die Sorge des US-Imperialismus hervorgerufen hat, dessen Vertreter Chávez „diktatorischer" Methoden und Machtbefugnisse beschuldigten.

Bei einem Versuch, Chávez einzudämmen, und in Vorwegnahme ihrer eigenen Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen, führten die früher herrschenden Parteien Kongresswahlen vor den Präsidentschaftswahlen 1998 durch. Es war ein Drehbuch, das in Chile 1970-73 durchgespielt wurde. Dort gewann der Sozialist Salvador Allende die Präsidentschaftswahl, aber die kapitalistischen Parteien kontrollierten Kongress und Senat und nutzten sie, um ihn zurückzuhalten. Statt eine auf die Arbeiterkomitees (die Cordones — gebildet 1971/72) ArbeiterInnen- und BäuerInnen-Regierung zu bilden, die ArbeiterInnen zu bewaffnen, den manipulierten Kongress aufzulösen und zu Wahlen für eine neue demokratische Versammlung aufzurufen, nahm Allende die Lage hin. Das gab den reaktionären Kräften die benötigte Zeit, um einen Militärputsch 1973 zu planen und durchzuführen.

Die Parteien des Establishments hofften, dass der undemokratische Charakter des venezolanischen Parlaments sicherstellen würde, dass der rechte Flügel die Kontrolle behält. Als es so weit war, wurde die Movimiento V Republica von Chávez die stärkste Kraft, aber ohne eine Mehrheit. Als Antwort entmachtete Chávez das alte Parlament praktisch und rief dazu auf, eine neue verfassunggebende Versammlung zu wählen, eine neue Verfassung für Wahlen zu einem Einkammerparlament zu entwerfen. Es gab keine unmittelbare Aussicht auf einen Putsch, weil die Bedrohung für den Kapitalismus nicht so weit fortgeschritten ist, wie sie es während der revolutionären Ereignisse in Chile zwischen 1970 und 1973 war, aber auch, weil Chávez in diesem Stadium eine wichtige Unterstützungsbasis innerhalb der Streitkräfte hat.

Den eisernen Griff der USA brechen

Das Elend der kapitalistischen Gesellschaft stößt Chávez und viele niederrangige Offiziere zweifellos ab. Wie ihre Gegenstücke in der Geschichte haben sie jedoch kein Programm, das das System zerstören wird, das es hervorbringt. Die Revolution von 1958 führte zum Entstehen einer neuen politischen Struktur im Kapitalismus und brachte Parteien wie Acción Democrática und Copei auf der Grundlage eines radikalen Programms an die Macht. In der

Chávez hat einen Schlag gegen einen Teil der alten herrschenden Elite und ihre politischen Institutionen geführt. Das Militärkommando wurde umstrukturiert und 150 korrupte Richter gefeuert. Die früheren Direktoren der staatlichen Ölgesellschaft wurden durch AnhängerInnen von Chávez ersetzt. Diese und andere oben erwähnte Reformen wurden von der Masse der venezolanischen Bevölkerung begeistert unterstützt.

Solche Schritte haben jedoch den Kapitalismus nicht gestürzt und die Regierung schlägt kein Programm vor, das zu tun. Die Frage bleibt: Wie können diese Reformen gefestigt werden? Und wie können die in der Verfassung verankerten Rechte umgesetzt werden? Der Kapitalismus in Venezuela hat nicht die Ressourcen, sie einzuführen oder beizubehalten. Chávez selbst gab zu, dass die Regierung nicht die Ressourcen hat, um für die versprochenen sozialstaatlichen Maßnahmen zu bezahlen, was er erklärte, als er argumentierte, dass „solange sechs Prozent der Zahlungen für die Auslandsschulden weggehen, die Regierung in einem Zeitraum von 20 Jahren einen immer größeren Teil der in der neuen Verfassung festgelegten sozialen Erwartungen bezahlen könne." (*El País*) Aber werden die Massen 20 Jahre warten?

Venezuela ist in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 40 Jahren, trotz dem jüngsten Anstieg der Ölpreise. Die Lage wird sich durch die Folgen der Flut verschlechtern. Es ist gut möglich, dass die Tiefe der Krise und Massendruck Chávez dazu treiben werden, weitere Schläge gegen die Interessen des Kapitalismus und Imperialismus zu führen. Die Drohung der Enteignung von Land ist ein Anzeichen dafür. Banken wurden verpflichtet, 50% aller Profit auf ein Konto zum Schutz des Bankensystems einzuzahlen, nachdem das Kapital nach der Auszahlung der Dividenden an die Aktionäre gefallen war. Die Regierung wird vielleicht dazu getrieben, ein paar Sektoren der Wirtschaft zu verstaatlichen. Wenn der Kapitalismus jedoch nicht gestürzt und durch eine ArbeiterInnen- und BäuerInnen-Regierung ersetzt wird, die auf der Grundlage eines demokratischen Produktionsplans die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus beginnen könnte, wird es nicht möglich sein, das Elend der Massen zu beenden und die in der neuen Verfassung erstrebten Reformen umzusetzen.

Folge kopierten sie genau die korrupte Herrschaft, die sie ursprünglich ablehnten, die sie für weitere 40 Jahre aufrechterhielten.

Der Radikalismus von Chávez hat schon dazu geführt, dass er ein Stachel im Fleisch des US-Imperialismus geworden ist. Seine Verbindungen zu Fidel Castro mit einem möglichen Abkommen über die Raffinierung von Öl auf Kuba, sein Verbot von US-

Flügen über Venezuela und andere Schritte verdeutlichen das allesamt.

Gleichzeitig wird seine Regierung Gegendruck vom Imperialismus unterworfen sein, die ihn in Konflikt mit den venezolanischen Massen bringen könnte, wenn der Kapitalismus nicht gestürzt und durch eine Arbeiterdemokratie ersetzt wird. Deshalb könnte sein Regime hin und her schwanken, einmal sich auf die Massen stützen und den kapitalistischen Interessen ein paar Schläge versetzen, sich dann in Konflikt mit der Arbeiterklasse begeben bei dem Versuch, die Kapitalisten zu besänftigen. Während seinem Besuch in Paris im letzten Jahr versprach er, Privatisierungen durchzuführen, als Mittel um ausländische Investitionen anzuziehen. Dann, nach dem Referendum im Dezember, appellierte er an die rechten Kräfte, die ihn bekämpft hatten, „Ehre den Besiegten und Ruhm dem Sieger“ anzuerkennen und argumentierte, dass „wir unbesiegbar werden, wenn wir uns vereinigen“. (*Guardian*, 17. Dezember)

Die Verfassung stellt zwar bei den demokratischen Rechten der Massen einen Fortschritt dar, sie lässt aber auch den Eintritt der Streitkräfte in alle Bereiche der Gesellschaft zu, was bedeutet, dass sie gegen die Arbeiterklasse genutzt werden könnte. Es ist auch möglich, dass Teile der Armee in der Zukunft den Sturz von Chávez versuchen könnten wenn sein Regime für die Interessen des Kapitalismus und Imperialismus zu instabil würde..

Um die bereits eroberten demokratischen Errungenschaften zu verteidigen und den Kampf vorwärts zu bringen, sind ein revolutionäres sozialistisches Programm und eine Arbeitermassenpartei dringend nötig. Man kann sich bei der Einführung und Verteidigung der demokratischen Rechte nicht auf die Verfassunggebende Nationalversammlung verlassen. Es ist notwendig, dass die ArbeiterInnen, BäuerInnen und anderen Ausgebeuteten ihre eigenen Organisationen errichten. Unabhängige Arbeiterkomitees, zusammen mit denen der BäuerInnen, indigenen Völker, einfachen Soldaten und städtischen Armen müssen gebildet werden, bestehend aus ge-

wählten Delegierten. Die Direktoren der staatseigenen Firmen müssen entfernt und durch gewählte Gremien der ArbeiterInnen der betreffenden Industrien ersetzt werden. Diese müssen regionale und nationale Kongresse schaffen, als Basis einer Regierung der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Delegierte müssen rechenschaftspflichtig und jederzeit abrufbar sein — kein Beamter sollte mehr als den Durchschnittslohn eines Arbeiters erhalten, einschließlich der Abgeordneten in der Verfassunggebenden Nationalversammlung!

Es ist auch nicht genug, sich auf die Umstrukturierung des Militärkommandos zu verlassen, um die Kapitalisten und Großgrundbesitzer an der Vorbereitung der Verteidigung ihres Systems und dem Angriff auf die Massen zu hindern. Die Basis der Streitkräfte muss ihre eigenen Offiziere wählen und sich mit der Arbeiterklasse verbinden. Ein Notplan der Produktion muss ausgearbeitet werden, gestützt auf die Verstaatlichung der Banken, Großkonzerne und multinationalen Firmen. Die Länder der Großgrundbesitzer müssen beschlagnahmt werden.

Es wäre jedoch immer noch unzureichend, die Lage dort zu lassen — auf einer nationalen Grundlage. Angesichts der Vorherrschaft des US-Imperialismus in ganz Latein- und Mittelamerika, müsste ein internationaler Solidaritätsappell gemacht werden, um den Würgegriff der USA zu brechen. US-Konzerne haben ebenso wie Multinationale Konzerne mit Basis in Europa und Japan sichergestellt, dass die ganze Region im Streben nach Profit ausgeblutet wird.

Länder wie Kolumbien und Ecuador sind selbst im den Klauen einer tiefen Wirtschaftsrezession. Als Ergebnis leiden ArbeiterInnen, BäuerInnen und indigene Völker. Aber der Widerstand nimmt zu. Ein Appell zum Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz muss an die ArbeiterInnen Lateinamerikas gemacht werden — verbunden mit einem Ruf nach Solidarität durch die ArbeiterInnen und Jugendlichen Nordamerikas — mit Blick auf die Errichtung einer sozialistischen Föderation des Kontinents, um den Imperialismus ein für allemal zu besiegen.

Berta Hernandez: Ecuador im Labyrinth

Mitten im Sturm der Proteste, der von breiten Teilen der ecuadorianischen Bevölkerung veranstaltet wurde, stürzte eine mächtige Mobilisierung der indigenen Völker und BäuerInnen die Regierung von Jamil Mahuad. Das folgenschwere Ereignis wurde durch eine Versammlung der Nationalen Rettung — oder Junta, unter diesem Namen wurde sie bekannt — vollbracht, die von Antonio Vargas Huatatoa, dem Führer von CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador — Konföderation der Indigenen Nationalitäten von Ecuador); Carlos Solórzano, früherer Präsident des Obersten Gerichts, und Oberst Lucio Gutiérrez. Diese Junta setzte den Präsidenten ab, forderte die Auflösung des Parlaments und der Gerichte und die Schaffung einer neuen ehrlichen und offenen Regierung, die für die Bedürfnisse der Mehrheit sensibel war.



Die revolutionäre Junta im besetzten Parlament

Sobald der Aufstand unter Kontrolle war, wurde Lucio Gutiérrez schnell von General Carlos Mendoza ersetzt, der die Auflösung der Junta befahl, die rebellierenden Obersten und Vargas verhaftete und die Macht an Gustavo Noboa Bejarano (früher Vizepräsident unter Mahuad, Mitglied der Volksdemokratischen Partei und ein Man mit engen Verbindungen zu Opus Dei)..

General Carlos Mendoza erklärte, dass er vor all diesen Maßnahmen die US-Botschaft um Rat gefragt habe, die ihre Unzufriedenheit mit den aufständischen Aktivitäten und ihre Hoffnungen auf eine Rückkehr zur Normalität deutlich machte und drohte, dass Ecuador andernfalls vor ernsthaften Problemen der wirtschaftliche Isolierung stehe.

aus der Zeitschrift San Francisco Frontlines

Sobald Noboa vom Kongress von Guayaquil akzeptiert wurde, kündigte er an, dass er die selbe Wirtschaftspolitik der Dollarisierung der Wirtschaft beibehalten werde. Er erklärte auch, er würde „die Produktivkräfte aktivieren“, mit einer Regierung der nationalen Rettung und einem Ausnahmezustand fortfahren und dass er gegen Korruption und für nationale „Versöhnung“ arbeiten werde.

Die Bewegung, die diese Ereignisse auslöste, verursachte eine revolutionäre Krise und öffnete die reale Möglichkeit einer Veränderung zugunsten der Arbeiterklasse und unterdrückten Teile der ecuadorianischen Gesellschaft. Die Bewegung forderte die Auflösung des Parlaments und des Justizsystems mit seinen Gerichten und die Absetzung des Präsidenten, war aber nicht fähig, ihre Siege zu festigen. Was fehlte, war ein Vorschlag, wie die Regierung zu ersetzen sei, vom Regime und dem System ganz zu schweigen, und eine Führung, die diesen Vorschlag durchführen konnte. Dieser Mangel leitet sich aus dem Vertrauen ab, das die Bewegung in die „intellektuellen“ Militärführer wie Gutiérrez setzte — ein Vertrauen, das dem der venezolanischen Massen gegenüber Hugo Chávez ähnelt.

Ein ganzes Jahr der Massenmobilisierung gegen das Kürzungsprogramm der Regierung, die Privatisierung und Arbeitsreformen gingen der Januar-Krise voraus. Dies war die Krönung von drei Jahren wachsender Kämpfe und sich vertiefender Regierungskrisen: zwei Präsidenten wurden abgesetzt, einer wegen „geistiger Unzulänglichkeit“ und der andere wegen Korruption. In weniger als einem Jahr wurde Ecuador von drei Generalstreiks und Streiks von ÖlarbeiterInnen, Staatsangestellten, TransportarbeiterInnen und LehrerInnen erschüttert. Es gab auch Studierendestreiks, Straßenproteste, Straßenblockaden, Hungerstreiks, Aufstände von Indigenas und Militär, ein Stopp des Nahrungsmitteltransports und der Elektrizitätsversorgung der Städte und viele andere Mobilisierungen.

Mit anderen Worten, Ecuadors 12 Millionen Menschen gehen durch die schwerste Wirtschaftskrise der vergangenen 70 Jahre. Die Arbeitslosigkeit steht bei 17%, die Armutsrate bei 62,5%, das Defizit bei 1,5 Milliarden Dollar und die Auslandsschuld bei 13 Milliarden. Im Verlauf

von 1999 wurde die nationale Währung, der Sucre, um 65% abgewertet. Am 9. Januar forderte der Präsident die Dollarisierung der Wirtschaft. Seitdem stieg der Preis der Massenverbrauchs-güter um zwischen 25 und 300 Prozent.

Die Dollarisierungsmaßnahme war nur eine in einer Reihe, die im Januar beschlossen wurde. Auch eingeschlossen waren Maßnahmen zur Beschleunigung von Privatisierungen, zur Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Schaffung größerer „Flexibilität der Arbeitskräfte“ und Kontrolle über Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst. Schon im März 1999 befahl die Regierung das Einfrieren von Bankguthaben, wodurch sie 314.000 Anleger im Stich ließ. Damals waren jedoch schon die großen Kapitalbe-träge ins Ausland geflohen, so dass das Klein-bürgertum und Leute mit kleinen Ersparnissen am härtesten getroffen wurden. Das löste weitere Mobilisierungen aus, die Hungerstreiks einschlossen, einschließlich RuheständlerInnen und anderen ungeschützten Teile der Bevölkerung.

Die Mobilisierungen wurden von der Patriotischen Front geführt, die Gewerkschaftsdachverbände, StudentInnen, BäuerInnen und Stadtteil-aktivistInnen zusammenbrachte. Unter den an dieser Front beteiligten Organisationen war die Frente Unitario de Trabajadores [Einheitsfront der Werktätigen], Asociación de Municipidades del Ecuador [Vereinigung der kommunalen Beschäftigten von Ecuador], die Cámara de la Pequeña Industria (ein Verband der Kleinindustrie), VertreterInnen der katholischen Kirche und der Streitkräfte, „ehrliche Geschäftsleute“, die CONAIE, die Coordinadora de Movimientos Sociales und auch linke Gruppen wie die Frente Amplio de Izquierda [breite Front der Linken], die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die Volksdemokratische Bewegung und die Movimiento Nuevo País/Pachakutik [Bewegung Neues Land].

Am Ruder der Patriotischen Front stehen die Frente Unico de Trabajadores und die CONAIE, die auch den Sturz von Mahuad befürworteten. Verschiedene linke Gruppen arbeiten innerhalb dieser zwei Organisationen. Im ganzen Jahr 1999 war die Orientierung der Mobilisierungen gegen die Lebenshaltungskosten, neoliberale Politik und Korruption auf. Sie forderte auch die Reform des Gerichtswesens und den Schutz der sozialen Sicherheit.

Eine andere Schlüsselgruppe der Patriotischen Front sind die sogenannten „aufgeklärten Mili-

tärs“. Das sind Oberste, die eine Reformbewegung innerhalb der Streitkräfte darstellen, die nach ihrem Rang weder zur Armeeführung noch zu den Soldaten gehören und weitgehend von indigener und bäuerlicher Herkunft sind. Was diese Männer vom Rest des Militärs am meisten unterscheidet ist er selbsterklärter „Chávismus“ (nach Venezuelas Präsident) oder noch besser, ihr „Bolívarismus“. Einer der Obersten in dieser Fraktion, der der Verhaftung entkam, indem er in der venezolanischen Botschaft in Guayaquil Asyl beantragte, sprach ausdrücklich von seinen Sympathien für die „äußerst freie Bolívarische Republik von Venezuela“. Gleichzeitig rief er zur Neugründung einer „neuen Republik [auf], die all das dauerhaft an den Rand drängt, was uns zu institutioneller Verwesung und zu Knechtschaft gebracht hat, die Bolívar ablehnte.“ (New York Times, 30. 1. 2000). Unter diesen Obersten verband Gutiérrez diese Haltung mit Opposition gegen die Kürzungen im Militärhaushalt, die laut ihm die ohnehin schon elende Lage der Soldaten unterhöhlte.

Auf der anderen Seite erhielt Vargas Huatatoa, der Führer von CONAIE, das Programm der Patriotischen Front aufrecht, ergänzt um besondere Forderungen für die indigenen Gemeinschaften, die 40% der Bevölkerung Ecuadors ausmachen und kaum ein monatliches Einkommen von vier US-Dollars erhalten. Vor dem Aufstand hatte Vargas große Hoffnungen in die Obersten und die Patriotische Front gesetzt; nachdem Noboa an die Schalthebeln gesetzt worden war, erklärte er seine Enttäuschung über das Militär, das er des Verrats beschuldigte.



Vargas behauptet, dass seine Bewegung pazifistisch sei und sie weder bewaffnete Gewalt verwenden noch sich als Guerillaarmee vom Typ des EZLN [die ZapatistInnen in Chiapas, Mexiko] organisieren werden. Vargas sagt jedoch, dass „wenn die Front eine bewaffnete Organisation gehabt hätte, dann hätte ich den Kampf verteidigt.“ Vargas warnte auch, „dass es einen Bürgerkrieg in Ecuador geben wird“, wenn die For-

derungen von CONAIE nicht erfüllt werden. Diese Forderungen umfassen Freiheit für die Verhafteten, eine Aufforderung an Noboa, den Vorschlag einer vom Obersten Wahltribunal organisierten „Volksbefragung“ zu organisieren, um „den Nationalkongress und das Oberste Gericht aufzulösen und die Meinung des Volkes über die Dollarisierung der Wirtschaft und die Verhaftung der Militärs einzuholen.“

Zusätzlich fordert CONAIE die Auslieferung von Bankiers, die Beschlagnahmung ihres Vermögens und die Verfolgung derjenigen, die im Vorfeld der Einfrierung der Bankguthaben ihr Geld abzogen. Andere indigene Gruppen fordern gegenwärtig die Nichtanerkennung der Auslandsschulden und beteiligen sich an einer Klage gegen Texaco, den sie für den Umweltschaden an der ecuadorianischen Amazonasregion verantwortlich machen.

Es ist klar, dass ebenso wie im größten Teil von Lateinamerika die „demokratische“ Erfahrung nichts gebracht hat, außer die traditionellen Parteien in Misskredit zu bringen. Trotzdem scheint es keine politische Kraft zu geben, die in der Lage ist, Kämpfe wie diesen jüngsten Aufruhr zu einem dauerhaften Erfolg zu führen.

Hugo Chávez und die ecuadorianischen „bolívarischen“ mittleren Offiziere scheinen in dieses Vakuum zu stoßen. Leider scheint in Ecuador keiner der Führer der Bewegung oder der linken Organisationen die Gefahr bemerkt zu haben, wenn man das Vertrauen in „fortschrittliche“ Teile des Militärs und „ehrliche Geschäftsleute“ setzt.

Der Januaraufstand war Teil einer allgemeinen Mobilisierung. Ihm stand eine Bourgeoisie in der Krise, eine Regierung in den Todeszuckungen und ein gespaltenes Militär gegenüber. Sie wurde dadurch behindert, dass sie ihre Zuflucht zu früheren Staatsfunktionären und zur militärischen Intelligenz als Führung nahm. Diese Führer handelten gemäß ihren eigenen Klassen- und Kasteninteressen statt im Interesse der Bewegung. Schlimmer noch, die Linke insgesamt war unfähig, das begrenzte Programm der Patriotischen Front mit einem Programm der völligen Umgestaltung der Gesellschaft, einem sozialistischen Programm zu verbinden. Wer wird also in der nahen Zukunft führen, das „bolívarische“ Militär oder die sozialistische Linke?

Tony Saunois: Aufstand in Ecuador

Die „Dollarisierung“ der ecuadorianischen Währung, des Sucre, die seit 13. März umgesetzt wurde, entfachte unmittelbar neue Proteste und Streiks. Zu Demonstrationen von StudentInnen, ArbeiterInnen und BäuerInnen aus Protest gegen den Regierungspolitik wurde aufgerufen. Wilson Beccera, ein Gewerkschaftsführer drohte: „Die nächsten Proteste werden massiv werden. Die DemonstrantInnen bereiten sich schon für einen Generalstreik vor, wenn die Regierung unsere Forderungen nicht annimmt.“ (*La Hora*, 16. März)

Die jüngste Welle von Protesten brach nur Wochen nach dem Aufstand aus, der das Land zu Jahresbeginn erschütterte. Den Vulkanausbrüchen von Guagua Pichincha und Tungurahua letztes Jahr folgten soziale Explosionen. Leider erlitt die Massenbewegung im Januar eine größere Niederlage, als die Führer des Aufstandes die Niederlage in einen Sieg verwandelten und die Macht der herrschenden Elite zurückgaben, die drauf und dran war, sie zu verlieren. Die Bewegung wurde jedoch nicht besiegt.

Der Aufruhr in Ecuador, der dem in Venezuela folgt, ist ein Anzeichen für die neue Lage, die sich in den früheren Kolonialländern entwickelt,

besonders in Lateinamerika. Eine neue Welle von Kämpfen entwickelt sich, die starke Elemente von Revolution und Konterrevolution enthält. In Ecuador schloss sie eine Aufstandsbewegung ein, die mangels einer revolutionär-sozialistischen Partei und Programms nicht erfolgreich war.

Ecuador wurde durch die in den neunziger Jahren durchgeführte Politik des Neoliberalismus verheert. Eine Reihe von „linken“ und rechten Regierungen haben vor dem IWF die Knie gebeugt und bösartige Sparmaßnahmen eingeführt. Da Land begann das neue Jahrhundert mit 62% der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze und 70% der Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt. 46% der Bevölkerung haben nicht einmal mehr den einen berüchtigten US-Dollar täglich, die Maßlatte, nach der die Weltbank die Armen von den Nicht-so-Armen unterscheidet!

Ein kurzer Krieg zwischen Ecuador und Peru 1995 erlaubte es der nationalistischen Glut, vorübergehend von den explosiven Spannungen abzulenken, die sich aufbauten. Aber das machte schnell Massenprotesten von ArbeiterInnen und BäuerInnen Platz. Diese Bewegung

spiegelte sich wider in dem Präsidentschaftswahlsieg von Abdalá Bucaram Ortiz, „El Loco“, der mit einem demagogischen, populistischen Programm einen massiven Sieg errang. Binnen Tagen gab er jedoch gegenüber den Forderungen des IWF nach. Über Nacht stiegen die Strompreise um 500% und die Gaspreise um 340%. Im Februar 1997 brach die Massenwut in einem unbefristeten Generalstreik wieder aus. Die Unterdrückung schaffte es nicht, die Bewegung zu bändigen und, die mit der Flucht von Bucaram Ortiz aus dem Land endete.

Als Jamil Mahuad Witt 1998 an die Macht kam, war das Land durch Korruption, Schuldenrückzahlung und den Fall der Ölpreise praktisch bankrott. Die Schulden des Landes erreichten 14 Milliarden US-Dollar, so hoch wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt. Der Abwertung des Sucre folgte ein Inflationsschub, der Wechselkurs des Sucre fiel gegenüber dem US-Dollar von 5.000 auf 25.000 zu 1 — das für die Dollarisierung festgelegte Niveau. Als Antwort auf diese Schritte brach der gesellschaftliche Vulkan aus.

Die Organisation der indigenen Völker, Konföderation der Indigenen Nationalitäten von Ecuador (CONAIE) und die Coordinadora de Movimientos Sociales (Koordination der Sozialen Bewegungen — CMS) riefen zu einem nationalen Aufstand ab dem 15. Januar aus. Tausende von Indigenen, die 45% der Bevölkerung ausmachen — marschierten auf die Hauptstadt Quito los und forderten den Rücktritt des Präsidenten.

Sie errichteten ihr eigenes konkurrierendes Parlament — El Parlamento Popular (das Volksparlament) — in Opposition zum Kongress. Diese landesweite Organisation wurde auf regionaler und örtlicher Ebene kopiert. Der erste vom Parlamento Popular gefasste Beschluss war, „nicht länger die drei Staatsgewalten anzuerkennen“ (Regierung, Justiz und Gesetzgebung).

Die Bewegung wurde von den indigenen Völkern begonnen, gewann aber sofort die Unterstützung aller Teile der Arbeiterklasse. ArbeiterInnen der nationalen Ölgesellschaft Petroecuador, erklärten einen Vollstreik. Die Gewerkschaftsdachverbände CSLdeE und FUT schlossen sich dem Aufstand an. Die Bewegung wurde zum nationalen Aufstand. In Guayaquil, der wirtschaftlichen Hauptstadt des Landes, demonstrierten Tausende ArbeiterInnen und StudentInnen täglich zur Unterstützung des Aufstands. In Cuenca fanden Proteste von mehr als 50.000 statt. In Chimborazo blockierten 50.000 BäuerInnen alle Stra-

ßen, die in die Provinz hinein- oder aus ihr herausführten.

Zehntausende marschierten auf Quito zu. Die wichtigsten Regierungsgebäude wurden tagelang umzingelt. Am 21. Januar wurde das Parlamentsgebäude von ArbeiterInnen und BäuerInnen besetzt, die sangen „El pueblo unido jamás será vencido“ („das einige Volk wird niemals besiegt werden“). Die Versuche des Staates, die Armee gegen die Bewegung zu verwenden, scheiterten, in der Tat spaltete sich die Staatsmaschine. Ein Teil der niederen Offiziere unter der Führung von Oberst Lucio Gutiérrez, schloß sich dem Aufstand an. Hunderte von Soldaten kamen in gepanzerten Fahrzeugen am Parlamentsgebäude an und unterstützten die Besetzung. Wie Antonio Vargas, der Führer von CONAIE, ausdrückte: „sie sind unsere Brüder“. Ein Teil der Offiziere fühlte einen echten Widerwillen gegen die Korruption und die wirtschaftliche Verheerung. Wie Gutiérrez erklärte: „Wir kämpfen friedlich, um die Selbstachtung, den Stolz und die Ehrlichkeit des ecuadorianischen Volkes wiederzugewinnen.“ (La Hora, 21. Januar). Dieser Teil, der mit der Korruption aufräumen und das Land aus dem Würgegriff des Imperialismus befreien wollte, spiegelte die selben Merkmale wider, die Hugo Chávez in Venezuela zeigte.



Angesichts der Bewegung hingen Ecuadors herrschende Klasse und ihre Institutionen in der Luft. Für eine kurze Zeit existierten Elemente der Doppelherrschaft — eine Lage, in der die alte herrschende Klasse durch die Massenbewegung lahmgelegt ist, die das System herausfordert, aber sich selbst in der Macht noch nicht eingerichtet und gefestigt hat.

Die herrschende Klasse hatte nicht die Kräfte, auf die sie sich zur Zerschlagung der Bewegung verlassen konnte. Die herrschende Clique war gespalten. Ein Block von Abgeordneten der

herrschenden Volksdemokratischen Partei (DP) lehnten den Regierungsplan ab, weitere Privatisierungen und mehr Kürzungsmaßnahmen durchzuführen. Laut *La Hora* hatte sich zwei Wochen vorher ein Teil der Regierung getroffen und die Einführung eines autoritären Regimes mit Hilfe von Teilen der Armee gefordert. Dieser Plan zerfiel in Stücke, weil das Militär den Plan nicht unterstützte, weil es den Druck in der Gesellschaft widerspiegelte und fürchtete, es würde einen Bürgerkrieg auslösen. Diese Aussicht erschreckte den US-Imperialismus, der Ecuador durch seine Basis in Manta als Haupt-Militärbasis für Operationen in Kolumbien und anderen umgebenden Ländern nutzt.

Die Macht war weitgehend in der Hand der Aufständischen — die in der Presse als „Kommunarden“ bekannt waren —, aber sie merkten es nicht. Sie hatten kein revolutionär-sozialistisches Programm und keine klare Idee, was sie erreichen wollten, abgesehen vom Sturz der Regierung und der Ablehnung ihrer Wirtschaftspolitik. Es war eine Massenrevolte gegen Neoliberalismus, Korruption und die Regierung, die sich die Alternative einer sozialistischen Gesellschaft noch nicht zu eigen gemacht hatte. Die roten Bänder, mit denen die Offiziere den Bauern zuwinkten, bezogen sich auf die roten Ponchos, die von den indigenen Völkern getragen werden. Die Macht, die potentiell in den Händen der Massen war, wurde nicht gefestigt und dem alten Regime durch die Hintertür zurückgegeben.

Das Parlamento Popular ernannte ein Dreiergremium, die Junta de Salvacion Nacional [Junta der nationalen Rettung], zu dem anfänglich Gutiérrez gehörte. Er appellierte an „alle Ex-Präsidenten der Republik, die Arbeitslosen, Männer und Frauen und ehrlichen Geschäftsleute“ mit guten Ideen vorzutreten „die Nation zu retten“. Gutiérrez hatte keine Idee, mit dem Kapitalismus zu brechen. Während dieser Entwicklung fiel der Armeechef der Streitkräfte, General Carlos Mendoza, von der Regierung ab, weil er sah, dass ihr die Macht zwischen den Fingern entglitt. Gutiérrez trat aus dem Triumvirat zurück, um Mendoza den Beitritt zu ermöglichen. Die Junta selbst hatte Merkmale einer Volksfrontregierung

— eine Koalition, die Teile der herrschenden Klasse einschließt, die als Bremse der Revolution handelt mit dem Ziel, sie zum Entgleisen zu bringen.

Andere Führer der Bewegung stützten sich wirklich auf Vertreter der alten Staatsmaschinerie, um eine neue zu schaffen. Mendoza bereitete anscheinend bewusst den Verrat an der Bewegung und die Machtrückgabe an die herrschende Klasse vor. Notwendig war, die Kontrolle in die Hand demokratisch gewählte Komitees der ArbeiterInnen, BäuerInnen und einfachen Soldaten zu legen. Die Regierung, die daraus hervorgehen und sich auf diese Kräfte stützen würde, müsste die führenden Monopole und multinationalen Konzerne, die ihre Zentralen in den imperialistischen Ländern haben, unter einem System der Arbeiterdemokratie verstaatlichen.

Ohne Vorwarnung trat Mendoza von der Junta zurück und verkündete, dass Vizepräsident Gustavo Noboa die Präsidentschaft übernehmen würde. Auf diese Weise wurde die Macht dem alten Regime zurückgegeben. Leider bestand keine Alternative, um die am Aufstand beteiligten Kräfte zu mobilisieren, um das zu verhindern. Die erste Verordnung der neuen Regierung war die Ankündigung, dass sie mit der Dollarisierung fortfahren würde. Die Bewegung wurde jedoch nicht zerschlagen, sondern zerstreut. Die am Massenaufstand Beteiligten werden zweifellos wichtige Lehren gelernt haben und bald an neuen Kämpfen teilnehmen. Das Volksparlament besteht auf örtlicher und nationaler Ebene weiter. Auch wenn es nicht gewiss ist, wie sie sich entwickeln werden, könnten sie die Keimform einer Alternative zur bestehenden Regierung darstellen. Das Volksparlament hat Vorschläge zur Auflösung zurückgewiesen. Es hat zu einer Volksbefragung über seine Auflösung, gegen Dollarisierung und Privatisierung und für die Einstellung der Rückzahlung der Auslandsschulden und den Abzug der US-Militärkräfte aus Manta aufgerufen.

Neue Kämpfe werden in Ecuador ausbrechen. Damit die revolutionären Aufstände vorwärts zum Sieg geführt werden, ist jetzt ein revolutionär-sozialistisches Programm wesentlich.

Exklusiv für Frontlines: Der bolivianische Aufstand entwickelt sich

Berichte von Frontlines-KorrespondentInnen an der Front Cochabamba und La Paz übermittelt, übersetzt und herausgegeben in unserem Büro in San Francisco. Diese Berichte umfassen

Dies ist eine Sonderausgabe von Berichten aus Bolivien und seine sich entwickelnde revolutionäre Lage. Diese Berichte wurden über das Wochenende von unseren KorrespondentInnen in

1. Einleitung von Gina Alvarez
2. Bolivien explodiert: Wassergebühren entfachen massive Rebellion
3. Polizeimeuterei fordert höhere Löhne
4. Zusammenstöße in Cochabamba fordern mindestens 3 Tote und 50 Verwundete
5. Belagerungszustand, Spaltung in der Koalitionsregierung, Opposition ruft zum Widerstand auf und ein paar zu Neuwahlen
6. Armee befiehlt tödliche Schüsse; Waffenladen geplündert; DemonstrantInnen holen sich Waffen

7. Bergarbeiter kündigen Großoffensive gegen Banzers Regierung an
8. Gewerkschaftsdachverband kündigt Vollmobilisierung an
9. UniversitätsstudentInnen und Fakultäten treten dem Kampf bei
10. Botschaft aus Bolivien bittet um Solidarität mit dem Kampf
11. Vier Tage Zusammenstöße zwischen StudentInnen und Polizei in La Paz von Gina Alvarez

1. Einleitung: Der bolivianische Aufstand entwickelt sich!

Vor ein paar Tagen erschütterten massive Demonstrationen in Cochabamba, der zweitwichtigsten Stadt Boliviens, die einmal, in der Kolonialzeit die reichste Stadt der Welt war, die Regierung des früheren Diktators General Hugo Banzer.

Die Demonstrationen wurden gegen die Privatisierung des Wassersystems organisiert, das zu einer 40prozentigen Erhöhung der Wassergebühren führte. Zehntausende DemonstrantInnen wurden von zahlreichen Militärtruppen empfangen, die das Feuer auf die weitgehend friedlichen DemonstrantInnen eröffneten.

Gleichzeitig führte eine massive Meuterei der Polizei, die Lohnerhöhungen verlangten, zu Schusswechseln und Zusammenstößen zwischen Armee und Polizei in La Paz, der Hauptstadt Boliviens.

Zehntausende BäuerInnen begannen aus eigenem Antrieb mit der Schließung von Straßen und Durchgangsstraßen in den meisten Prinzipien des Landes und forderten den Schutz traditioneller Coca-Pflanzungen und Änderungen im Wirtschaftsplan der Regierung.

Gewerkschaften traten in den Streik; StudentInnen protestierten gegen die zu niedrigen Bildungsausgaben.

Der ganze Geist des Landes ist vereinigt gegen Banzers ausschließliche Interessenvertretung

von Gina Alvarez
der Multinationalen Konzerne und der Armee. Banzer antwortete mit Gewalt und erklärten den DemonstrantInnen und Protestierenden den Krieg. Jetzt ist die Lage für die Regierung kritisch. Banzer Koalitionsblock im Parlament ist gespalten. Die Opposition verlangt Neuwahlen und die ArbeiterInnen, BäuerInnen und StudentInnen bauen eine mächtige, vereinigte landesweite Bewegung.

Diese Woche wird weitere riesige Demonstrationen sehen. Militärkasernen werden von unbekannt Gruppen bewaffneter ZivilistInnen angegriffen und revoltierende BäuerInnen haben ganze Armee-Einheiten gefangengenommen. Die katholische Kirche distanziert sich von der Regierung.

Alle Bedingungen für einen verallgemeinerten revolutionären Aufstand sind im Entstehen. Das einzige, was fehlt, ist eine klare Führung. Die Bewegung wird von unten aus aufgebaut.

Das ist nicht neu in Bolivien. Seit 1953, als bewaffnete ArbeiterInnen, besonders BergarbeiterInnen, die Macht übernahmen, nur um von ihren Führern betrogen zu werden, die die Regierung der Revolutionär-Nationalistischen Bewegung (MNR) zurückgaben, wurde Bolivien von Revolutionen und Aufständen, Staatsstreichen, Siegen und Niederlagen erschüttert.

Jetzt präsentiert Frontlines eine Reihe von Exklusivberichten vom gesellschaftlichen Schlachtfeld Boliviens durch eine Reihe von KorrespondentInnen vor Ort.

Wir werden diese erstaunliche Geschichte entsprechend ihrer Entwicklung behandeln. Wir hoffen, dass diese Berichte das Bewusstsein unserer LeserInnen beschleunigen und sie motivieren, sich aktiver an gesellschaftlichen Bewegungen zur Veränderung zu beteiligen.

Weil die meisten unserer KorrespondentInnen spanisch-sprechende JournalistInnen sind, müssen wir die Berichte übersetzen, sobald wir sie empfangen, bevor wir sie in unserer täglichen Online-Ausgabe veröffentlichen können. Das ist ein große Herausforderung, aber eine von höchster Wichtigkeit.

2. Bolivien explodiert: Wassergebühren entfachen massive Rebellion

Cochabamba, Bolivien (7. April); Die Regierung des früheren Diktators und Offiziers Hugo Banzer stellte Cochabamba unter Kriegsrecht, nachdem die Armee mit Tausenden von DemonstrantInnen zusammenstieß, die von der Coordinadora del Agua de la Vida (CAV, Koordination des Wassers des Lebens), eine Organisation von Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Gemeindegruppen rief zu den Demonstrationen auf aus Protest gegen eine 40prozentige Erhöhung der Wassergebühren. In diesen Regionen des Landes stellen die Gebührenerhöhungen eine tödliche Bedrohung für die Wirtschaft einer schon verelendeten Bevölkerung dar. Wasser ist knapp und wird von den Quechua- und Aymara-IndianerInnen als heilig betrachtete. Es ist schwer, Wasser zu bekommen, das frei von Verschmutzung und Verunreinigung ist.

Aber die massiven Proteste gegen die neuen Wassergebühren deckten eine Flut anderer Themen auf, die auf eine Gelegenheit zur Explosion warteten. Der Schutz der Coca-Pflanzungen von Kleinbauern, der Zusammenbruch der Löhne der Bergarbeiter wegen einer strafferen Kontrolle des internationalen Markts durch die USA, die völlige Kontrolle von Boliviens Erdgasreserven durch das Weiße Haus, das dadurch entstandene Elend und die Ausbeutung der großer Teile der Arbeiterklasse, das Fehlen demokratischer Beteiligung an Regierungsentscheidungen, die zunehmenden Angriffe auf Organisationen von BäuerInnen und indigenen Völkern, um ein paar aufzuführen.

Alle diese Fragen und die Hungerlöhne der Polizei (die sich in vielen Fällen weigerte, Demon-

Boliviens ist eines der ärmsten Länder der Welt, mehrheitlich bevölkert von Quechua- und Aymara-IndianerInnen, und führt heute den Kampf gegen die internationalen Mächte der USA und Europas und ihre Agenturen IWF und Weltbank.

Dieses trockene Land von Kupfer, Erdgas und Coca-Pflanzungen ist auch das Land das ersten modernen revolutionären Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen seit Anfang der fünfziger Jahre.

Bitte fühlt euch frei, diese Materialien nach belieben zu verwenden und so weit wie möglich zu verbreiten. Die bolivianischen Jugendlichen, ArbeiterInnen und BäuerInnen brauchen alle Hilfe, die sie von uns bekommen können.

von Frontlines-KorrespondentInnen strantInnen anzugreifen) und der niedrigen Offiziere in der Armee kamen in dieser Woche von Massendemonstrationen an die Oberfläche.

Nach dem massiven Einmarsch von Militärkräften mit Panzern, gepanzerten Fahrzeugen, Panzerfäusten, Hubschraubern und Tausenden Soldaten in voller Kampfausrüstung in Cochabamba, schien es, als sei Ruhe in die Stadt zurückgekehrt. Aber ArbeiterInnen- und BäuerInnen-Organisationen haben neue Demonstrationen für das Wochenende und die nächste Woche angekündigt.

Massive Abteilungen von BäuerInnen blockieren schon Straßen in sechs der neun Provinzen des Landes und die Bergarbeiter haben angekündigt, dass ein Generalstreik möglich sei. Schriften und Broschüren werden massenhaft an die Soldaten und Unteroffiziere verteilt, die das Militär zur Revolte gegen die Regierung auffordern.



Die Polizei hat angekündigt, dass sie streiken wird, um eine Erhöhung ihrer Hungerlöhne zu fordern.

Innenminister Walter Guitars erklärte den Medien, dass die „Regierung nicht erlauben wird, dass Recht und Verfassung verletzt werden“.

Die Massenorganisationen verlangen, dass die Wassergebühren auf ihren gegenwärtigen Niveau bleiben und dass die Verteilung der kostbaren Flüssigkeit durch kommunale und staatliche Einrichtungen erfolgen solle, nicht durch einen privaten Konzern, wie es geplant ist.

Donnerstag Nacht verhafteten bewaffnete Gruppen eines maskierten Armeekommandos über 50 der FührerInnen der Bewegung. Diese FührerInnen wurden später unter dem Druck der Bevölkerung wieder freigelassen. Einer der Hauptsprecher der CAV, der Gewerkschaftsführer Os-

car Olivera griff den Angriff der Armee auf DemonstrantInnen bei einer Mahnwache vor einem Regierungsgebäude am frühen Morgen an. Olivera sagte den Medien, dass „Tausende BäuerInnen nach Cochabamba marschieren, um sich den Protesten anzuschließen“ und dass die CAV „keine Gewalt will, aber auch nicht nachgeben wird.“

Inzwischen gehen die von Bauernorganisationen in sechs der neun Provinzen organisierten Straßenblockaden unverändert weiter. Diese Organisationen verlangen Wirtschaftsmaßnahmen zur Milderung der wachsenden Armut in der Region.

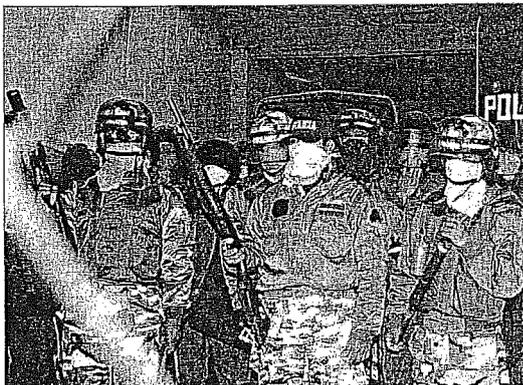
3. Polizeimeuterei fordert höhere Löhne

La Paz, Bolivien (Frontlines-KorrespondentInnen)

9. April 2000

Die wirtschaftliche Lage im Land wirkt sich auf alle aus, einschließlich Militär und Polizei. Diese Woche besetzten gut bewaffnete Polizisten die Zentrale der Sondersicherheitsgruppe (spanische Abkürzung: GES). Sie fordern Gehaltserhöhungen und ein Ende der Korruption in ihrer Institution. Die GES ist eine Eliteeinheit der bolivianischen Polizei, die meistens zum Unterdrücken von DemonstrantInnen und in sozialen Konflikten eingesetzt wird. Ihre Meuterei beleuchtet schlaglichtartig die Krise der Banzer-Regierung und die extreme Armut, die die ganze Bevölkerung erfasst hat.

Über tausend niederrangige Polizeibeamten besetzten Ende letzter Woche das Gebäude im belebten Zentrum der Hauptstadt. Sie forderten den Rest der Polizei auf, aus Solidarität mit ihren Forderungen zu streiken. Die Regierung befahl sofort mindestens einem Armeeregiment (Coloados) und der Militärpolizei, das Gebäude einzuschließen und die Aufständischen anzugreifen. Am Samstag kamen Hunderte von Polizeibeamten aus anderen Garnisonen, um ihren Kollegen bei der Verteidigung gegen den Militärangriff zu helfen.



Gruppen von 40 oder 50 PolizeibeamtInnen verbarrikierten sich in verschiedenen Ecken von Gebäuden rund um die GES-Zentrale. Selbst hochrangige Polizeibeamte schlossen sich den belagerten Aufständischen an und erklärten, dass sie gegen das Militär kämpfen würden. „Wir wissen, dass die Armee besser ausgerüstet und bewaffnet ist als wir. Aber wir werden auf Schüsse mit Schüssen antworten“, drohten sie.

Samstag Nachmittag kündigte die Regierung an, dass sie der Polizei eine Gehaltserhöhung von 50 Prozent gewähren würde. Ein Teil der Aufständischen schien dieses Regierungsversprechen zu akzeptieren. Andere stellten die Ehrlichkeit von Banzer und seinen Ministern in Frage und riefen dazu auf, im Gebäude zu bleiben.

Man sah, wie Journalisten hastig Schutz suchten. Das ganze Gebiet um den Murillo-Park und die Innenstadt der Hauptstadt wurden lahmgelegt. Läden wurden geschlossen und die Straßen durch Hunderte von Militärpatrouillen gesäubert, die einen Angriff auf die GES-Zentrale vorbereiteten. Ein Offizier erklärte diesem Korrespondenten: „Die Polizei hat bei der Erfüllung ihrer Rolle versagt, die Nation gegen Subversive und Kommunisten zu schützen, die im Rest des Landes Unruhe stiften. Kommunisten haben die Polizei selbst unterwandert. Deshalb haben sie diese Bewegung jetzt begonnen, wo es Unruhen in Cochabamba und anderen Städten gibt.“

Ehefrauen und Angehörige der im GES-Gebäude umzingelten Polizeibeamten organisierten eine Demonstration am Rand des Murillo-Parks außerhalb des Kreises der Militärfahrzeuge und Truppen. Aber am Samstag morgen brachen etwa 500 von ihnen durch die Militärblockade

und demonstrierten ihre Unterstützung für ihre Verwandten in Gebäude. Sie wurden gewaltsam gestoßen und geschubst, als Hunderte Militärpolizisten sofort den Park leer machten.

Als sich die Nacht näherte, nahmen die Spannungen zu. Dieser Korrespondent sah Militäroffiziere in Polizeiuniformen. Am Samstag um fünf Uhr nachmittags war es klar, dass die Armee einen Angriff vorbereitete und die Soldaten in Polizeiuniformen zur Desorganisierung und Verwirrung der Leute im Gebäude verwendet werden sollten.

Am Sonntag morgen um vier Uhr ging die Hölle los. Eine halbe Stunde nachdem angeblich ein Abkommen zwischen der Regierung und den Führern der Meuterei getroffen worden war, griff die Armee das GES-Gebäude an. Hunderte Militärpolizisten eröffneten das Feuer mit automatischen Waffen und schossen Hunderte von Rauch- und Tränengasgranaten. Einige Zeuginnen versicherten diesem Korrespondenten, dass sie auch mit schweren Maschinengewehren schossen. Ich konnte die Explosionen von Granaten und Mörsern hören. Polizeibeamte antworteten mit Gewehrfeuer von den Dächern und

gingen mit Granaten und Erschütterungsmunition zum Gegenangriff. Die Armee musste sich etwa zwei Häuserblocks vom Gebäude zurückziehen. Bald begannen Kolonnen von Soldaten in Lkws mit schwerer Artillerie am Murillo-Park anzukommen. Die Polizei verbarrikadierte sich in den Gebäuden und rief andere Einheiten auf, zu ihrer Unterstützung zu kommen. Die Lage wurde angespannt. Wir erwarteten einen schweren Zusammenstoß.

Aber Regierungsvermittler erreichten etwa um acht Uhr morgens ein Abkommen mit den Führern der niederrangigen Polizisten, um die Konfrontation zu beenden. Um zehn Uhr vormittags ging die Spannung langsam zurück. Mehr Militärpersonal, diesmal von Infanteriedivisionen nahm Stellungen entlang der Alleen ein, die den Park umgeben.

Die Regierung gab eine Erklärung ab, die ihre Zufriedenheit zum Ausdruck brachte, „dass die Krise mit der Polizei vorbei war, so dass Streitkräfte und Justiz sich beide darauf konzentrieren können, Gesetz und Verfassung gegenüber denjenigen durchzusetzen, die Anarchie und Unruhen wollen.“

4. Zusammenstöße in Cochabamba fordern mindestens 3 Tote und 50 Verwundete

Armee stellt sich Massendemonstrationen von Gewerkschaften und Gemeindeorganisationen entgegen.

Cochabamba, Bolivien. Mindestens drei Menschen wurden getötet und mehr als 50 verwundet, als Militärkräfte am Wochenende überwiegend friedliche Demonstrationen angriffen. Einer der getöteten Demonstranten war der 17jährige Victor Daza Argandona. Eine Massentrauerfeier nahm am Park des 14. September Abschied von ihm. Sein Leichnam wurde dann in den Dom im Stadtzentrum gebracht.

Frontlines-Update 10. April 2000
von Frontlines-KorrespondentInnen

Victor wurde getötet, als eine kleine Gruppe von DemonstrantInnen, meist junge OberschülerInnen von den anderen getrennt und an der Ecke der 25-de-Mayo- und der Uruguay-Straße von einer Gruppe von etwa 100 Soldaten angegriffen wurden. Victor wurde durch einen Schuss in den Kopf aus nächster Nähe getötet.



Tausende DemonstrantInnen griffen Gebäude rings um das Rathaus an. Nachdem sie die zum Schutz der Regierungsgebäude abkommandierten Wachmannschaften besiegt hatten, brannten die DemonstrantInnen ein paar der Gebäude nieder. Auch Gebäude von Großkonzernen waren Ziel der Angriffe durch die DemonstrantInnen. Inzwischen errichteten in mehreren Stadtteilen junge AktivistInnen und GewerkschafterIn-

nen Barrikaden und bekämpften Polizei und Armee mit kleinkalibrigen Waffen und Molotow-Cocktails.

Die Regierung schätzte, dass über 40.000 Menschen an den Protesten am Wochenende teilnahmen. Mehrere Gefangene brannten die Eingangstüren des San-Antonio-Gefängnisses nieder. Die Gefangenen konnten dann unter dem Schutz der Straßenunruhen entkommen.

5. Belagerungszustand, Spaltung in der Koalitionsregierung, Opposition ruft zum Widerstand auf und ein paar zu Neuwahlen

Frontlines-Update 10. April 2000
von Frontlines-KorrespondentInnen

La Paz, Bolivien. Die Commission Politica de la Coalition (Politische Kommission der Koalition, CPC), das Führungsgremium der Koalitionsregierung von Hugo Banzer, rief zur Unterstützung des von ihm verhängten Belagerungszustandes auf; ein paar Parteien und Organisationen in seiner Regierung drückten Ablehnung aus und forderten ein Ende der Unterdrückung.

Die Lage in Bolivien ist kritisch. Die Provinz Cochabamba wird von massiven Volks- und Gewerkschaftsdemonstrationen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und die 40prozentigen Gebührenerhöhungen erschüttert. Über 300.000 BäuerInnen mobilisieren zur Blockade von Straßen und Durchgangsstraßen und fordern wirtschaftliche Maßnahmen, um sie aus dem Elend zu heben. Die starke kämpferische Bergarbeitergewerkschaft hat versprochen, gegen den Belagerungszustand zu streiken. Die Polizeibeamten, die für höhere Löhne revoltiert hatten, haben zwar ihre Forderungen durchgesetzt, die Lage ist aber bei weitem nicht unter Kontrolle.

Ein Klima des Aufstands und der Unruhe hat sich im ganzen Land ausgebreitet. Mitgliedsorganisationen der Regierungskoalition sind gespalten zwischen Unterstützung der Regierung und Beteiligung an der Opposition. Die katholi-

sche Kirche versucht, sich von der Regierung zu distanzieren und veröffentlicht gleichzeitig nichtssagende Appelle zur Gewaltlosigkeit. Die Hauptoppositionspartei, die Revolutionär-Nationalistische Bewegung (MNR) ruft zum Rücktritt der Regierung und vorgezogenen Wahlen auf.

Inzwischen ruft die Bewegung ohne Furcht (MSM), eine Dachorganisation, die Gewerkschaften, Volks- und linke Organisationen versammelt, zu einer „allgemeinen Mobilisierung der Arbeiterklasse, der Linke, der Gemeindeorganisationen zur Organisation des Widerstandskampfs der Bürgerschaft“

Einige Parlamentsbündnisse planen, den Innenminister Walter Guiteras Denis und den Wirtschaftsminister öffentlich zu rügen, berichtete Senator Carlos Garcia.

Das ist der sechste Ausnahmezustand und Belagerungszustand, der seit 1985 von sogenannten „demokratischen“ Regierungen erklärt wurde. Banzer wurde 1997 gewählt mit einer Wahlunterstützung von weniger als einem Drittel. Wenn ein paar seiner Partner in der Regierungskoalition ihn im Stich lassen, wird seine Regierung gezwungen sein, entweder zurückzutreten und Neuwahlen anzusetzen oder die Streitkräfte um einen neuen Putsch zu bitten

6. Armee befiehlt tödliche Schüsse; Waffenladen geplündert; DemonstrantInnen holen sich Waffen

Frontlines-Update 10 April 2000
von Frontlines-KorrespondentInnen

Cochabamba, Bolivien; Als klares Zeichen für die gegenwärtige aufständische Stimmung in Cochabamba und anderen Städten, erklärte General Felipe Agramont, dass die „Streitkräfte Befehl haben, auf jeden zu schießen und ihn zu töten, der versucht, militärische Einrichtungen unter seine Kontrolle zu bringen.“ Der General informierte die Medien auch, dass das Waffen-

geschäft „Casa Fefito“ in Cochabamba geplündert wurde. Hunderte Waffen wurden von Gruppen junger DemonstrantInnen gestohlen. Er erklärte auch, dass Leutnant Edwin La Fuente und fünf andere Offiziere der Militärpolizei in den jüngsten Zusammenstößen mit DemonstrantInnen verwundet wurden.

Laut General Agrimont wurden die sechs Offiziere von Gruppen von DemonstrantInnen verwundet, die „Hunderte und Aberhunderte zählten und möglicherweise schwer bewaffnet waren“, die versuchten, die Zentrale der Siebten Armee-Division in Cochabamba zu übernehmen.

Die Armee erklärte weiter, dass zahlreiche Offiziere und Mannschaften in Patacamaya in der Gegend Lahuachaca gekidnappt wurde. Anscheinend wurden sie überrascht, während sie in der Gegend patrouillierten, und von einem großen Kontingent von bewaffneten BäuerInnen gefangengenommen. Lahuachaca ist eine Region, in der Bauernorganisationen das Land be-

setzen und Straßen blockieren aus Protest gegen die Armut der Branche und auch gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, die die Preise für traditionelle Anbauprodukte senkt.

Der Innenminister Walter Guteras Denis berichtete, dass 17 Menschen in Cochabamba im Laufe des Tages verhaftet wurde. Zwölf von ihnen sind Bauernführer von Coca-AnbauerInnen und die anderen fünf sind VertreterInnen der Koalition aus Gewerkschaften und Gemeindeorganisationen, die als Coordinadora del Agua de la Vida (Koalition des Wassers des Lebens, CAV) bekannt ist.

7. Bergarbeiter kündigen Großoffensive gegen Banzers Regierung an

Frontlines-Update vom 10 April 2000

Von Frontlines-KorrespondentInnen

La Paz, Bolivien; Milton Gomez, der Exekutivsekretär des Bolivianischen Bergarbeiterverbandes (FTMB), verurteilte die Verhaftung von Gewerkschaftsführern in Cochabamba und anderen Städten und kündigte an, dass der FTMB mit „all unserer Stärke an jeder sozialen Bewegung gegen den Belagerungszustand und die Regierung“ teilnehmen werde.

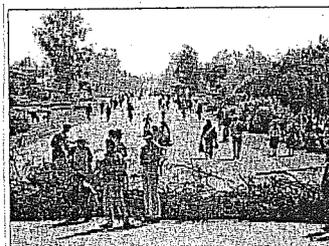
Er sagte, dass die Entscheidung nach einem allgemeinen Treffen des FTMB gefällt wurde, das letzten Samstag stattfand. Der FTMB erklärte auch die Unterstützung für die Forderungen der Wasser-Protestierenden in Cochabamba und die von den Bauernorganisationen aufgestellten Forderungen. „Sie werden uns nicht stoppen“, erklärte Gomez, „und uns auch nicht durch Verhaftungen und Verfolgung einschüchtern.“

Am Freitag besetzten Abteilungen des FTMB das Gebäude des bolivianischen Gewerkschaftsdachverbandes (COB). Sie zogen sofort

ab, als Armeebataillone das Gebäude einschlossen.

Inzwischen haben all bolivianischen Lehrergewerkschaften einen faktischen Vollstreik beschlossen aus Protest gegen die Verhaftung von Bauernführern und auch Felipe Quispe, El Mallku und Fred Munoz. Die Lehrergewerkschaft rief dazu auf, alle Schulen in den Provinzen und ländlichen Gebieten dichtzumachen. Sie erklärten auch, dass sich die Gewerkschaften „in ständiger Mobilisierung zur Unterstützung der Forderungen der BäuerInnen“ befänden.

Arbeitsniederlegungen verbreiten sich wie ein Flächenbrand. TransportarbeiterInnen, Kupferbergarbeiter und LandarbeiterInnen führen im ganzen Land Streiks durch.



Landbesetzungen in ländlichen Regionen vervielfachen sich.

8. Gewerkschaftsdachverband kündigt Vollmobilisierung an

Frontlines-Update vom 10 April 2000

Von Frontlines-KorrespondentInnen

La Paz, Bolivien. Die Bezirksorganisation von La Paz der COB (COD) rief auf zu einer „vollen Mobilisierung aller Gewerkschaften, Gemeindeorganisationen und politischen Parteien“ zur Beendigung des Ausnahmezustandes, der Niederlage der Regierung und der Durchsetzung der Forderungen der öffentlichen Beschäftigten, BäuerInnen und DemonstrantInnen in Cochabamba. Sie gaben auch ihre volle Unterstützung für solche Aktionen wie „Straßenblockaden, Landbesetzungen und Streiks in den Fabriken“ um „die Wirtschaftspläne von Hugo Banzers Regierung zu stoppen, die nur den Mul-

tinationalen Konzernen nützen.“ Die COD rief auch zu einer Massendemonstration für Freitag, den 14. April um 10 Uhr vormittags im San Francisco Park im Zentrum von La Paz auf. Sie schätzen, dass nicht weniger als 100.000 Menschen an der Demonstration teilnehmen und dem Belagerungszustand trotzen werden. Die COD berichtete, dass LehrerInnen, Bergarbeiter, BäuerInnen, Industriegewerkschaften, Stadtteilorganisationen und andere Teile der Bevölkerung sich darauf konzentrieren werden, „die bestehende Einheit gegen die Politik von Hunger und Ausbeutung zu zeigen.“

Die Forderungen der Demonstration werden Lohnerhöhungen auf mindestens 6.700 bolivianische Dollar mit automatischer Anpassung an Preissteigerungen, die Rücknahme von Antigerwerkschaftsgesetzen und die Rücknahme der drakonischen Arbeitsbestimmungen für Öffentliche Beschäftigte einschließen. Die COD fordert auch die Rücknahme des Zollgesetzes, das den Multinationalen Konzernen nutzt und materielle

und personelle Unterstützung für die Kämpfe zur Verteidigung des Wassers in Cochabamba und der Forderungen der BäuerInnen.

Die COD lehnt auch die Beseitigung der Coca-Pflanzungen in Las Yungas ab, wo BäuerInnen unter dem Druck der Armee stehen, ihre kleinen Pflanzungen zu zerstören, ohne Entschädigung dafür zu erhalten oder Hilfe bei der Entwicklung alternativer Anbaupflanzen zu erhalten.

9. UniversitätsstudentInnen und Fakultäten treten dem Kampf bei

Frontlines-Update vom 10. April 2000

Von Frontlines-KorrespondentInnen

La Paz. Heute, am Montag, werden das nationale Universitätssystem und die Regierung eine Notsitzung abhalten, um entscheiden, welche Maßnahmen sie ergreifen werden, um den von General Hugo Banzer verhängten Belagerungszustand zu bekämpfen und dem Kampf anderer Teile der Gesellschaft beizutreten.

Gonzalo Taboada, der Dekan der Universidad Mayor de San Andres De La Paz (UMSA) gab diese Ankündigung an die Medien am Sonntag. Gleichzeitig brachte er seine völlige Ablehnung des Belagerungszustandes zum Ausdruck. „Wir weisen den Belagerungszustand zurück, den eine Regierung verhängt hat, die den Forderungen der Bevölkerung nicht entsprechen kann“, erklärte der Vorsitzende der Fakultät an der Staatsuniversität.

Er brachte zwar nicht die offizielle Haltung der Universität zum Ausdruck, erklärte aber, er habe keine Bedenken bei der Arbeit, die Universität „dem Kampf der StudentInnen, Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen und BäuerInnen [hinzu-

fügen], auch wenn das bedeutet, sich an ihren Straßenblockaden und Straßendemonstrationen zu beteiligen.“

Er forderte auch, dass die Universität einen Haushalt bekommt, der „ausreicht, die Aufgabe der Bildung unserer Jugend zu erfüllen.“ Taboada brachte auch sein Vertrauen zum Ausdruck, dass der Belagerungszustand das Universitätspersonal nicht davon abhalten würde, eine Erhöhung des Haushalts anzustreben.

William Sanchez, Exekutivsekretär des örtlichen Verbandes der UniversitätsstudentInnen von La Paz (FUL) wies darauf hin, dass das Bolivianische Universitätskomitee heute auch ein Nottreffen veranstalten wird, um die Lage zu analysieren und alle notwendigen Maßnahmen zur Teilnahme am Kampf zu ergreifen. Er erklärte, dass der „Hungerstreik, der von StudentInnen an der Universität von Sucre begonnen wurde, auf das ganze Land ausgedehnt werden kann“ und dass die FUL die Forderungen der LehrerInnen, BäuerInnen und Gewerkschaften aufgreifen wird.

10. Botschaft aus Bolivien bittet um Solidarität mit dem Kampf

Frontlines-Update vom 10 April 2000

von Jim Shultz jshultz@democracyctr.org
Gesendet: Sonntag, 9. April 2000, 13.40 Uhr
Cochabamba, Bolivien

Liebe Freunde,

Die Lage hier in Bolivien bleibt kritisch. Seit der Erklärung des Kriegsrechts gestern wurden mindestens drei Menschen getötet, einschließlich eines 17jährigen Jungen, der von Soldaten mit scharfen Waffen hier in Cochabamba erschossen wurde. Mehr als 30 Leute wurden in Cochabamba allein in Konflikten mit dem Militär verletzt. Angesehene FührerInnen der Wasserproteste wurden verhaftet, einige wurden an abgelegene Orte im Dschungel ausgeflogen. Soldaten besetzen immer noch das Stadtzentrum. Es gibt jedoch jetzt etwas sehr Reales und Direktes, was ihr tun könnt, um zu helfen.

Die massiven Proteste, die die Erklärung des Kriegsrechts auslösten, wurden durch den Verkauf der öffentlichen Wasserversorgung an ein privates Konsortium (Aguas del Tunari, Eigentum von International Water Limited) ausgelöst, das dann die Wassergebühren für arme Familien verdoppelte, die sich kaum ernähren können. Es stellt sich heraus, dass die finanzielle Hauptmacht hinter dem Wasserkonzern der Bechtel Konzern in San Francisco ist (Quelle: <http://www.bechtel.com/whatnew/19999artsq4.html>).

Die Menschen Boliviens haben es sehr klar gemacht, dass sie Bechtel raus haben wollen. Die bolivianische Regierung ist so auf den Schutz von Bechtel versessen, dass sie das Kriegsrecht erklärt hat und auf ihr eigenes Volk schießt. Diesen Abend sagten zwar einige Regierungsangehörige, dass Bechtel gehen wird, aber ange-

sichts der Widerrufung des selben Versprechens vom Freitag ist das nicht glaubwürdig ohne eine schriftliche Übereinkunft und eine Aufhebung des Kriegsrechts. Es ist entscheidend, dass Bechtel direkt in den USA unter Druck gesetzt wird. Ihr könnt helfen, und zwar so:

1) Sendet ein e-mail, Brief, Fax oder macht einen Telefonanruf an:

Riley Bechtel, Vorsitzender und Vorstandsmitglied, Bechtel Corp.

E-mail: northame@bechtel.com

Tel: (415) 768-1234 Fax: (415) 768-9038

Adresse: 50 Beale Street, San Francisco, CA 94105

2) Die Nachricht:

„Die Bolivianer haben es durch eine Woche von riesigen Protesten, die das Land fast lahmlegten, völlig klar gemacht, dass sie Bechtels Wasserfirma Agua del Tunari aus Bolivien heraus haben wollen. Um Bechtel zu schützen, hat die bolivianische Regierung jetzt das Land unter Kriegsrecht gestellt, was zu vielen Toten und Verwundeten führte. Bechtel hat eine Verantwortung, die Wünsche der Bolivianer ernst zu nehmen und die Krise zu beenden, indem es sofort ein Abkommen unterzeichnet, das die Wasserversorgung den Bolivianern zurückgibt.“

3) Bitte verbreitet diese Information so weit wie möglich. Mehr als 1000 andere erhalten diese Nachricht heute. Selbst 100 e-mails oder Anrufe bei Bechtel am Montag werden einen großen Unterschied machen.

Um euch einen zusätzlichen Hintergrund für die Ereignisse zu liefern, füge ich unten einen Artikel an, den ich in den San Jose Mercury News vom Samstag veröffentlicht habe. Dieser Artikel ging in Druck, kurz bevor die Regierung ihre Haltung änderte und das Kriegsrecht verhängte.

Vielen Dank,

Jim Shultz

The Democracy Center

Jshultz@democracyctr.org

Bolivianische ProtestiererInnen gewinnen Krieg um Wasser

Cochabamba, Bolivien

In einem atemberaubenden Zugeständnis an vier Tage massiven öffentlichen Aufruhr kündigte die bolivianische Regierung Freitag spätnachmittags an, dass sie den letztes Jahr unterzeichneten Vertrag brechen werde, der die Wasserversorgung der Region an ein Konsortium von Investoren unter britischer Führung verkaufte.

Ein Generalstreik und Straßenblockaden, die Dienstag morgen in Cochabamba begannen,

brachten die Stadt von einer halben Million EinwohnerInnen zum Stillstand, ließen die gewöhnlich bevölkerten Straßen praktisch frei von Autos und machten Schulen, Unternehmen und den 25 Häuserblocks großen Marktplatz (einen der größten Lateinamerikas) dicht.

Das überraschende Einverständnis der Regierung, den Wasserprivatisierungsvertrag rückgängig zu machen, folgte vier Monaten öffentlicher Proteste. Es kam gerade, als es schien, dass Präsident Hugo Banzer Suárez die Erklärung des Kriegsrecht vorbereite, was vielleicht Straßenkämpfe zwischen Polizeisondereinheiten und den Tausenden von wütenden Protestierenden ausgelöst hätte, die die Kontrolle auf dem zentralen Platz der Stadt übernahmen.

Größere Bedeutung

Während Gerüchte an die Oberfläche kamen, dass die Regierung vielleicht bei ihrem Versprechen einen Rückzieher mache, hat der anscheinend in der Frage des Wassers gewonnene Volkssieg für die BolivianerInnen eine größere Bedeutung. „Wir stellen in Frage, dass andere, die Weltbank, internationale Unternehmen diese grundlegenden Fragen für uns entscheiden“, sagte der Protestführer Oscar Olivera. „Für uns ist das Demokratie.“

Der Verkauf öffentlicher Unternehmen an ausländische Investoren war über ein Jahrzehnt eine heiße wirtschaftliche Debatte, als ein großes Unternehmen nach dem anderen — die Fluggesellschaft, die Eisenbahn, Elektrizitätsversorgung — an private (fast immer ausländische) Hände geht. Nach dem Verkauf der öffentlichen Wasserversorgung Cochabambas an den einzigen Interessenten, ein Schritt, zu dem Staatsbeamte von der Weltbank gedrängt wurden, brachte den Privatisierungskampf zum Überkochen.

Als im Januar die neuen Eigentümer ihr glänzendes neues „Agua del Turani“-Logo über der örtlichen Wasserversorgung errichteten, schlug die Firma auch örtliche Wasserbenutzer mit Gebührenerhöhungen, die einer Verdoppelung gleichkamen. In einer Stadt, in der der Mindestlohn weniger als 100 Dollar pro Monat beträgt, wurden viele Familien mit Erhöhungen von 20 Dollar pro Monat und mehr geschlagen.

Tanya Paredes, eine Mutter mit fünf Kindern, die ihre Familie als Strickerin ernährt, sagt, dass ihre Erhöhung um 15 Dollar pro Monat dem entspricht, was es kostet, ihre Familie anderthalb Wochen zu ernähren. „Was wir für das Wasser zahlen, müssen wir von dem nehmen, was wir

für Nahrungsmittel, Kleidung und andere Sachen nehmen müssen, die wir für unsere Kinder kaufen müssen", sagte sie.

Die öffentliche Wut über die Gebührenerhöhung explodierte im Januar, geführt von einem neuen Bündnis, das hier als „La Coordinadora“ bekannt ist, wobei die Stadt vier Tage lang lahmgelegt wurde, wodurch die Regierung verblüfft und zu einem Abkommen über die Rückgängigmachung der Gebührenerhöhung gezwungen wurde.

Anfang Februar, als die Versprechungen nicht erfüllt wurden, rief La Coordinadora zu einem friedlichen Marsch zum zentralen Platz der Stadt auf. Banzer (der früher 1971-78 als Diktator geherrscht hatte) begegnete den Protestierenden mit mehr als 1000 Polizisten und der Übernahme von Cochabambas Zentrum durch die Armee. Nachdem die Polizei zwei Tage Tränengas verschossen und DemonstrantInnen Steine geschmissen hatten, waren mehr als 175 ProtestierenderInnen verwendet und zwei Jugendliche erblindet.

Die gewaltsamen Zusammenstöße im Februar zwangen die Regierung und die Wassergesellschaft eine Rücknahme der Gebührenerhöhung und Einfrierung der Gebühren bis November einzuführen und einer neuen Runde von Verhandlungen zuzustimmen.

Vertrag unter die Lupe genommen

Inzwischen begann La Coordinadora, unterstützt vom örtlichen Wirtschaftskolleg, sowohl den Vertrag als auch die Finanzen hinter den neuen Eigentümern der Wassergesellschaft unter die Lupe zu nehmen. Die aktuellen Finanzarrangements bleiben weitgehend versteckt, die führende Zeitung der Stadt berichtete, dass Investoren der Regierung weniger als 20.000 Dollar an Kapital für ein Wassersystem zahlten, das Millionen Wert ist.

Unter Vorwürfen von Korruption und geheimen Absprachen bei dem Vertrag durch ein paar Beamte, die ihm letztes Jahr zustimmte, kündigte La Coordinadora das an, was sie la última batalla (die letzte Schlacht) nannten und förderten, dass die Regierung den Vertrag brechen und das Wassersystem der öffentlichen Hand zurückgeben solle. Die Gruppe gab Dienstag als letzten Termin zum Handeln an.

Staatliche Wasserbeamte warnten, dass private Investoren notwendig seien, um die zur Ausweitung des Wassersystems in der wachsenden Region notwendigen Millionen Dollar zu sichern. Sie argumentierten, dass das Brechen des Vertrages den Eigentümern Anspruch auf eine Ent-

schädigung von 12 Millionen Dollar habe, und baten um öffentliche Geduld, um den neuen Eigentümern Zeit zu geben, um den Nutzen ihrer Erfahrung zu zeigen.

Bei der großen Mehrheit der WassernutzerInnen von Cochabamba ist die Geduld jedoch verbraucht. Vor zwei Wochen befragte eine Untersuchung mehr als 60.000 BewohnerInnen zur Wasserfrage und mehr als 90 Prozent stimmten dafür, das die Regierung den Vertrag brechen solle. Während einem der Märsche dieser Woche stoppten die Protestierenden an den Büros der Wasserfirma und rissen das neue „Aguasdel Turani“-Zeichen runter, das vor gerade drei Monaten errichtet worden war.

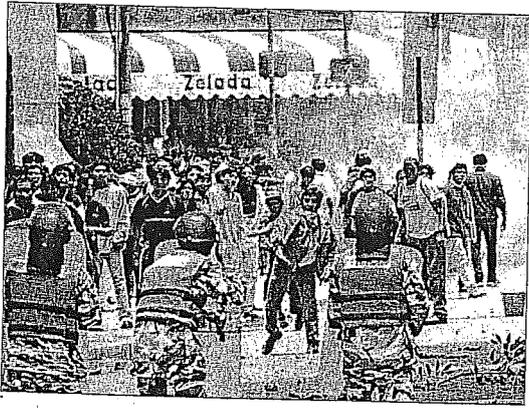
Am Dienstag gingen BewohnerInnen der Stadt mit Fahrrädern und Fußbällen auf die Straße — nur ein paar Autos fuhren in der Stadt herum, um den arbeits- und schulfreien Tag zu nutzen. Mittwoch verstärkten Armeen von Menschen aus den umliegenden ländlichen Gebieten die Straßenbarrikaden und durchstachen Auto- und Fahrradreifen, die einen parallelen Kampf gegen ein neues Gesetz führen, das die Kontrolle der Bevölkerung über die ländlichen Wassersysteme bedroht. Donnerstag nacht, nach einem weiteren Tag mit verlorenen Löhnen und keinem Anzeichen einer Bewegung durch die Regierung, begann die öffentliche Wut auszubrechen.

Protestierende verhaftet

Eine Menge von fast 500 umgab das Regierungsgebäude, in dem Verhandlungen zwischen Protestführern und Regierungsbeamten stattfanden, die vom römisch-katholischen Erzbischof einberufen worden waren. Mitten in den Verhandlungen befahl die Regierung die Verhaftung der 15 Coordinadora-FührerInnen und anderer bei dem Treffen Anwesender.

„Wir sprachen mit dem Bürgermeister, dem Gouverneur und anderen führenden Beamten, als die Polizei hereinkam und uns verhaftete“, sagte Olivera, der sichtbarste Coordinadora-FührerInnen. „Es war eine Falle der Regierung, um uns alle zum Verhandeln zusammen zu haben, so das wir verhaftet werden konnten.“

Als Antwort füllten Tausende der Stadt- und LandbewohnerInnen den zentralen Platz der Stadt gegenüber dem Regierungsgebäude, sie trugen Stöcke, Steine und Handtücher, um das erwartete Tränengas abzuhalten. Fernseh- und Radioberichte spekulierten den ganzen Tag, dass der Präsident das Kriegsrecht ausrufen würde und es gab Berichte über Armee-Einheiten, die am Flughafen der Stadt ankamen.



Nachdem sie am frühen Freitagmorgen aus dem Gefängnis entlassen worden waren, stimmten die FührerInnen der Wasserproteste einem Treffen mit der Regierung um vier Uhr nachmittags zu, zu dem der Erzbischof aufrief. Um fünft Uhr nachmittags waren die Regierungsbeamten immer noch nicht angekommen und die Menge

auf dem Platz wartete angespannt auf die erwartete Ankunft der Armee.

Plötzlich und unerwartet kam der Erzbischof in das Treffen und kündigte an, dass die Regierung ihm gerade gesagt habe, dass sie dem Bruch des Wasservertrages zugestimmt habe. Jubelnde FührerInnen von La Coordinadora gingen über die Straße zu einem Balkon im dritten Stock und verkündeten den Sieg den unten wartenden Tausenden, von denen viele die rot-grün-gelbe bolivianische Flagge schwenkten, während die Kirchenglocken der Kathedrale durch das Stadtzentrum klangen.

„Wir haben den Punkt eines wichtigen wirtschaftlichen Sieges erreicht“, sagte Olivera der begeisterten Menge.

11. Vier Tage Zusammenstöße zwischen StudentInnen und Polizei in La Paz

Frontlines-Update vom 14 April 2000
von Gina Alvarez

Der revolutionäre Aufruhr in Bolivien geht unvermindert weiter. Diese Woche sah Massendemonstrationen, einen Generalstreik und die Bildung einer neuen Arbeiterpartei. Der Konflikt zwischen der Armee und Bauernorganisationen hat sich merklich verschärft.

Die Regierung von Hugo Banzer hat in Cochabamba einen vollen Rückzug angetreten. Sie haben den Wasservertrag mit Agua de Turani gekündigt, dem Tochterunternehmen von Bechtel, und angekündigt, dass es keine Gebührenerhöhungen geben werde. Sie haben sich auch bereit erklärt, der Polizei eine 50prozentige Lohnerhöhung zu geben und werden die Führer der Polizeimeuterei der letzten Woche nicht verfolgen.

Am Mittwoch einigten sich die Führer des bolivianischen Gewerkschaftsdachverbandes (COB), ihren internen Konflikt über die Kontrolle der Bewegung beiseite zu legen, bis der gegenwärtige Kampf um demokratische Rechte vorbei ist. Sie riefen einen Generalstreik aus, der er die meisten Großbetriebe und Bergwerke im Land dichtmachte. Auch viele Geschäfte und Kleinbetriebe in den meisten Provinzen Boliviens wurden geschlossen.

Der Generalstreik wurde jedoch nur teilweise befolgt. In La Paz konnte die Regierung das öffentliche Transportsystem am Laufen halten und viele Läden waren offen. Trotzdem waren die Abteilungen von fliegenden Streikposten der COB in der Lage den größten öffentlichen Markt dichtzumachen.

Polizei und Armee-Einheiten schritten ein, um Demonstrationen zu verhindern, zu denen Studierendenorganisationen und Gewerkschaften aufgerufen hatten. Gruppen von bis zu tausend StudentInnen und GewerkschaftsaktivistInnen versammelten sich überall in der Hauptstadt, trotz der Unterdrückungsmaßnahmen.

Die Polizei setzte Gummigeschosse und Tränengas ein, um die Menge aufzulösen, die sich ein paar Minuten später ein paar Häuserblocks weiter wieder versammelte. Demonstrationen und offene Kämpfe mit der Polizei dauerten jeden Tag bis spät am Abend. StudentInnen und Gewerkschaften rufen für heute zu einem Streik auf.

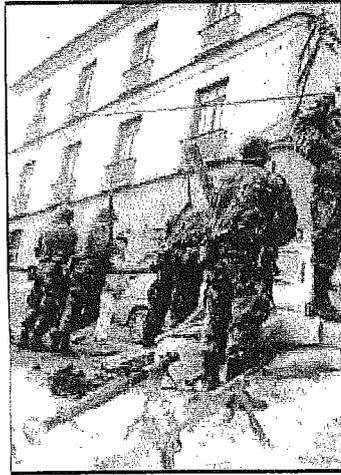
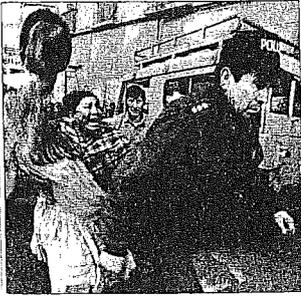
Am Mittwoch kündigten auch die Bergarbeitergewerkschaft, drei weitere Gewerkschaften und drei linke Organisationen — die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die Bewegung der Furchtlosen (MSM) — die Bildung einer neuen Arbeiterpartei an. Sie erklärten, dass das kein Wahlblock oder eine Bündnisorganisation sei, sondern eine neue politische Partei. Inzwischen setzten 11 FührerInnen von MSM ihren Hungerstreik gegen den von Hugo Banzers Regierung verhängten Ausnahmezustand fort.

Die wichtigsten Auswirkungen der gegenwärtigen revolutionären Lage sind auf dem bolivianischen Land zu sehen. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Bauernorganisationen sind gescheitert. Armee-Einheiten versuchen, die von Bauern in sechs der neun Provinzen organisierten Straßenblockaden zu brechen. Die

Bauern haben ein kleines Armeeregiment gefangen genommen und ihre Waffen beschlagnahmt. Während dieser Bericht geschrieben wird, finden Demonstrationen statt. Sie fordern eine Entfernung des Militärs von der Universität, eine Frei-

lassung aller politischen Gefangenen und Unterstützung für den Kampf der ArbeiterInnen und BäuerInnen.

Mehr davon wird auf dieser Site veröffentlicht werden, wenn sich die Dinge entwickeln.



Die Bewegung der ArbeiterInnen und StudentInnen in Brasilien wächst

In Brasilien gab es kürzlich eine Zunahme von Öffentlichen-Dienst-Streiks im Bildungssektor, der sich auf die Universitäten und weiterführende Schulen auswirkte, einschließlich der größten Universität des Landes, der Universität von São Paulo (USP). ANDRÉ FERRARI von Socialismo Revolucionario (dem Gegenstück der Socialist Party in Brasilien) berichtet von den Besetzungen und Protesten im Bundesstaat São Paulo

[aus: *The Socialist*, Wochenzeitung der Socialist Party, der britischen Schwesterpartei der Sozialistischen Alternative (SAV), vom 26. Mai 2000]

Am 18. Mai fand trotz intensiver Polizeiunterdrückung eine gemeinsame Demonstration der StudentInnen, LehrerInnen und Landesbeschäftigten des Bundesstaates São Paulo statt. ProfessorInnen und Universitätsbeschäftigte fordern bessere Bezahlung als Ausgleich für den Kaufkraftverlust ihrer Gehälter in den letzten fünf Jahren.

Sie werden von den StudentInnen unterstützt, die auch mehr Ressourcen und Lehrpersonal und ein Ende der Privatisierung durch die Hintertür durch Schaffung privater Stiftungen und die direkte Wahl der UniversitätsrektorInnen fordern.

Am 16. Mai gab es eine 24-stündige Besetzung des Rektoratsgebäudes der USP.

Die militarisierte Polizei griff die DemonstrantInnen mit Tränengas, Rauchbomben, Gummigeschossen, Streugas, Hunden und Pferden an.

Mehrere Personen wurden während der Proteste zum Teil schwer verletzt, z.B. wurde ein Photograph

durch ein Gummigeschoss im Auge getroffen und ein Lehrer durch eine Rauchbombe ernsthaft am Arm verwundet.

Zwei Vorstandsmitglieder von Socialismo Revolucionario wurden getroffen, einer mit Stücken von Tränengasgranaten im Arm, der andere zweimal von Gummigeschossen, im Unter- und Oberschenkel und außerdem von Tränengasgranatenstücken im Arm. Glücklicherweise sind die GenossInnen nicht in Gefahr und machen mit der Organisation des Kampfes weiter.

Die Besetzung des Rektorats der USP wurde aufgehoben, damit die StudentInnen an der Demonstration teilnehmen konnten. Aber bei einer anderen Besetzung, an der SR-Mitglieder auch teilnehmen (das zentrale Verwaltungsgebäude der technischen Schulen des Bundesstaates São Paulo), gab es einen gewalttätigen Polizeieinsatz, um die BesetzerInnen zu entfernen.

Unterdrückung

Trotz der intensiven Unterdrückung ging der Protestmarsch mit etwa 40.000 ArbeiterInnen und StudentInnen weiter zum Gebäude des Bildungsministeriums des Staats São Paulo. Die Demonstration hätte ursprünglich zum Staatsparlament gehen sollen, aber wegen der Polizeiunterdrückung änderten die Gewerkschaftsführer den Plan.

In den Tagen vor der Demonstration waren SR-Mitglieder schon Unterdrückung ausgesetzt. LehrerInnen-GenossInnen im Cotia-Lehrergewerkschaftskomitee organisierten einen beweglichen Streikposten, um den Streik zu festigen und wurden von der Polizei verfolgt und schikaniert.

In Taboão, einer anderen Region, in der wir Mitglieder im Gewerkschaftskomitee haben, ging die Polizei zu Schulen, in denen unsere GenossInnen aktiv sind. Auch im Guarulhos-Bezirk gab es Zusammenstöße zwischen der Polizei und einer örtlichen LehrerInnen-Demonstration.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung haben die ArbeiterInnen im Bildungssektor und Öffentlichen Dienst und StudentInnen noch mehr aufgebracht.

Alle Gewerkschaften müssen jetzt alle stattfindenden Streiks fortsetzen und aufbauen. Die Unterdrückung scheint nach hinten losgegangen zu sein und die Unterstützung für die Streikenden verstärkt zu haben. Für den 25. Mai ist eine weitere gemeinsame Demonstration beim Gouverneursgebäude von São Paulo (Bandeirantes) geplant. Es wird erwartet, dass die Demonstration noch größer als die am 18. Mai wird.

Es wird vielleicht weitere Polizeiunterdrückung geben, aber sie wird es nicht schaffen, die ArbeiterInnen und StudentInnen einzuschüchtern.

„Fujimorisierung“

Es gibt jetzt viel Diskussion über die autoritäre Wende der Cardoso-Regierung und des Gouverneurs Mário Covas von São Paulo. Manche AktivistInnen reden von der „Fujimorisierung“ Cardosos und seiner Regierung [zu Fujimori siehe das Update zu Peru unten — der Übersetzer].

Cardoso hat in der Tat ein paar Merkmale der Unterdrückung und politischen Verfolgung der Diktatur wieder aufgelegt, z.B. die Anwendung des Gesetzes zur Nationalen Sicherheit, die Wiedereinführung von Überwachungsdiensten nach dem Vorbild der berüchtigten SNI, Unterdrückung von landlosen LandarbeiterInnen, wobei es in São Paulo 14 Verhaftungen gab und im Bundesstaat Paraná ein Arbeiter erschossen wurde.

Das Kräfteverhältnis der Klassen heute schließt einen Putsch durch die Staatsorgane (à la Fujimori) gegenwärtig aus. Aber politische Agitation gegen die autoritären Maßnahmen und die Anprangerung dieser Regierung ist sehr wichtig. Socialismo Revolucionario fordert Verteidigung der Vereinigung des Kampfes und „Raus mit Cardoso und dem IWF“.

Im ganzen Land gibt es viele Streiks und Mobilisierungen durch verschiedene Sektoren (hauptsächlich StudentInnen und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst). Der Trend geht zur größeren Vereinheitlichung dieser Kämpfe.

Selbst ohne eine politische Führung, die die Kämpfe bewusst vereint und ernsthafte und entschlossene Maßnahmen zur Steigerung der Mobilisierung ergreift, geht die Bewegung vorwärts:

E-mails zur Unterstützung des USP-Protests an:

dce2000@yahoo.com.br

bitte Kopien an SR unter: sr-cio@uol.com.br

